



KLIENTEN- JAHRESINFO

DIGITAL GEDACHT,
PERSÖNLICH BETREUT

The bottom half of the cover features an illustration of a business meeting. A man in a suit is seated at a desk on the left, looking towards a woman standing on the right. The woman is pointing with a red marker at a line graph on a whiteboard. The whiteboard also displays a bar chart and a small inset graph. On the desk, there are papers, a pen, a small jar, and a laptop.

2025/2026

www.rkp.at



Über uns

Immer auf Ihren Erfolg fokussiert.

Jedes Unternehmen ist individuell. Gute Steuerberatung bedeutet für uns, diese Einzigartigkeit zu erkennen und einen Weg zu finden, der das Ergebnis unserer Kunden maximiert. Daran wollen wir arbeiten – als Ihr Wegbegleiter und Partner.

Unser Denken.

Wir verstehen uns nicht nur als Beratungsunternehmen, sondern als Partner für Ihren Unternehmenserfolg. Neben unseren Kernleistungen in der Steuerberatung und Unternehmensberatung ist es uns ein Anliegen, Sie in allen unternehmerischen Herausforderungen zu unterstützen.

- Wir beraten Sie aktiv.
- Wir verstehen Ihre Anliegen.
- Wir nehmen uns Zeit.
- Wir finden die richtige Lösung.

Unsere Leistungen.

Investieren Sie Ihre kostbare Zeit in das Kerngeschäft Ihres Unternehmens und verlassen Sie sich bei steuerlichen Angelegenheiten auf unsere Kompetenz für Zahlen.

Unser Angebot.

- Steueroptimierung
- (Digitale) Buchhaltung
- Jahresabschluss
- Personalverrechnung
- Gründungsberatung
- Betriebsnachfolge
- Sanierungsberatung
- Finanzierung & Förderung
- Qualitätsmanagement
- Mergers & Acquisitions
- Business-Software

Der RKP-Tipp: Alles aus einer Hand.

Als RKP Gruppe können wir Ihnen ein einzigartiges **One-Stop-Shop Konzept** aus Steuer- und Unternehmensberatung sowie individuellen Business-Software-, IT-, Investitions- und Marketing-Lösungen anbieten.

Vorwort

Sehr geehrte Klientinnen und Klienten!

Zum Jahresende möchten wir uns herzlich für Ihr Vertrauen und die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit zeigt sich, wie wertvoll ein offener, ehrlicher Austausch ist – und dafür möchten wir Ihnen ganz besonders danken.

Die wirtschaftliche Situation in Österreich bleibt herausfordernd, aber nicht ohne Lichtblicke. Zwar wirken die Nachwehen der Hochzinsphase und die schwache Konjunktur weiterhin hemmend auf Wachstum, Konsum und Investitionen. Gleichzeitig hat die gesunkene Inflation spürbar Entlastung gebracht, und die eingeleitete Zinswende schafft neue Perspektiven. Auch wenn wir noch nicht von einem Aufschwung sprechen können, mehren sich die Anzeichen einer behutsamen Erholung, die Hoffnung auf ein wirtschaftlich stabileres Jahr 2026 machen.

Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen Orientierung geben und Sie dabei unterstützen, steuerlich optimal in das neue Jahr zu starten. Sie erhalten einen Überblick über alle Maßnahmen, die noch vor Jahresende sinnvoll umzusetzen sind, sowie einen Ausblick auf steuerliche Neuerungen und Chancen im Jahr 2026. Darüber hinaus finden Sie ausgewählte Informationen zu aktuellen Entwicklungen, die sowohl für Unternehmen als auch für Privatpersonen von Bedeutung sind.

Wir wünschen Ihnen eine friedvolle Weihnachtszeit, erholsame Feiertage und einen erfolgreichen Start ins Jahr 2026. Auf eine weiterhin vertrauensvolle und zukunftsorientierte Zusammenarbeit!

Mit herzlichen Grüßen



**StB Ing. Mag.
Johann Riegler**



**StB Mag. Franz
Schnur CTE**



**Hanspeter
Prenner MA**

Inhaltsverzeichnis

1	Maßnahmen vor Jahresende 2025	5
1.1	Für Unternehmer	5
1.2	Für Arbeitgeber	10
1.3	Für Arbeitnehmer	10
1.4	Für alle Steuerpflichtigen	11
2	Neues ab 2026 - aktuelle Themen	12
2.1	Erhöhter IFB und weitere (geplante) Maßnahmen für Wachstum und Inflationsbekämpfung	12
2.2	Weiterbildungszeit ab 2026	15
2.3	Highlights Budgetbegleitgesetz 2025	15
2.4	Tarifestufen in der Einkommensteuer ab 2026	17
2.5	Sparmaßnahmen und Verschärfungen (Budgetsanierungsmaßnahmengesetz 2025)	17
2.6	Trinkgeldregelung – Neuerungen in der Sozialversicherung und steuerliche Klarstellungen	19
3	Fokus Unternehmer	21
3.1	Liquidation ausländischer Gruppenmitglieder und weitere Änderungen bei der Gruppenbesteuerung	21
3.2	Der VwGH zur Einbeziehung von Gewinnausschüttungen in die GSVG-Beitragsgrundlage	23
3.3	Neue Finanzordnungswidrigkeit im Kampf gegen Scheinunternehmen und Scheinrechnungen	24
3.4	Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland	25
4	Fokus Arbeitnehmer	27
4.1	Mitarbeiterrabatte gelten auch für ehemalige Arbeitnehmer in Pension	27
4.2	Geltendmachung von Kosten als außergewöhnliche Belastung – Voraussetzungen und aktuelle Entscheidungen	28
4.3	Kosten für doppelte Haushaltsführung können nicht uneingeschränkt geltend gemacht werden	31
4.4	Kein Sachbezug für Abstell- und Garagenplätze bei vorhandenem „Parkpickerl“	33
4.5	BFG zum geldwerten Vorteil für Arbeitnehmer bei Betriebsveranstaltungen	34
4.6	Keine Umsatzsteuer beim Ausbildungskostenersatz	35
5	Fokus Immobilien	36
5.1	Geldbeschaffungskosten für Darlehen sind laut BFG sofort abzugsfähig	36
5.2	Prüfungsmaßstab für die 25 %-Grenze bei der Abgrenzung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen bei Vermietung und Verpachtung	37
5.3	Keine vorweggenommenen Werbungskosten bei „ewiger Sanierung“	38
6	Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze	39
6.1	Sozialversicherungswerte 2026	39
6.2	Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs-, Beschwerde- und Umsatzsteuerzinssatz	39
6.3	Größenklassen für Kapitalgesellschaften	40
7	Steuertermine 2026	41



1 Maßnahmen vor Jahresende 2025

In der gerade wirtschaftlich herausfordernden Zeit sollte der näher rückende **Jahreswechsel** auch dieses Mal wieder zum Anlass für einen **Steuer-Check** genommen werden. Denn es finden sich regelmäßig Möglichkeiten, durch gezielte Maßnahmen legal **Steuern zu sparen** bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

1.1 Für Unternehmer

Antrag auf Gruppenbesteuerung stellen

Bei Kapitalgesellschaften kann durch die Bildung einer **Unternehmensgruppe** die Möglichkeit geschaffen werden, **Gewinne und Verluste** der einbezogenen Gesellschaften **auszugleichen**. Voraussetzungen sind die **finanzielle Verbindung** (Kapitalbeteiligung von mehr als 50 % und Mehrheit der Stimmrechte) seit Beginn des Wirtschaftsjahres sowie ein entsprechend beim Finanzamt eingebrachter und sorgsam unterfertigter **Gruppenantrag** (nunmehr auch über FinanzOnline **möglich**). Bei allen Kapitalgesellschaften, die das Kalenderjahr als Wirtschaftsjahr haben (d.h. Bilanzstichtag 31.12.) ist der **Gruppenantrag** bis spätestens **31.12.2025** einzubringen. Gleiches gilt für die Aufnahme in eine bestehende Steuergruppe (z.B., weil eine neue Beteiligung am 1.1.2025 erworben wurde).

Forschungsförderung – Forschungsprämie

Die Forschungsprämie von **14 %** ist als **Steuergutschrift** konzipiert und wirkt daher sowohl in Gewinn- als auch in Verlustjahren. Überdies sind die Forschungsaufwendungen unabhängig von der Inanspruchnahme der Forschungsprämie steuerlich abzugsfähig. Die für die Prämie **relevanten Forschungsaufwendungen** können **Personal- und Materialaufwendungen** für F&E-Tätigkeiten, Gemeinkosten, Finanzierungskosten und unmittelbar der Forschung und Entwicklung dienende In-

vestitionen (einschließlich der Anschaffung von Grundstücken) umfassen. Die Forschungsprämie ist für die **Eigenforschung** (diese muss im **Inland** erfolgen) der Höhe nach **nicht gedeckelt**. Für die Geltendmachung der Forschungsprämie ist die Vorlage eines positiven **Gutachtens** der **FFG** (Anforderung über FinanzOnline) erforderlich. Im Gegensatz dazu ist die **Bemessungsgrundlage für Auftragsforschung** – Voraussetzung ist wiederum, dass es sich um einen **inländischen Auftragnehmer** handelt – beim Auftraggeber mit **1.000.000 €** begrenzt. Die Vorlage eines FFG-Gutachtens ist bei der Auftragsforschung nicht erforderlich. Im Rahmen der Bemessungsgrundlage der eigenbetrieblichen Forschung kann auch ein **fiktiver Unternehmerlohn angesetzt** werden kann. Dieser beträgt **50 €** (zuvor 45 €) **pro** für Forschung und Entwicklung geleistete **Tätigkeitsstunde**, maximal 86.000 € pro Person.

Gewinnfreibetrag

Der Gewinnfreibetrag steht allen natürlichen Personen unabhängig von der Gewinnermittlungsart zu und beträgt **bis zu 15 % des Gewinnes**. Bis zu einem Gewinn von 33.000 € steht jedem Steuerpflichtigen **ohne Nachweis** ein **Grundfreibetrag** von **15 %** zu; für die Geltendmachung eines höheren Freibetrags sind entsprechende Investitionen erforderlich. **Begünstigte Investitionen** umfassen grundsätzlich **abnutzbare körperliche Anlagen, Wohnbauanleihen** bzw. auch andere **Wertpapiere** wie z.B. Bundesanleihen, Bank- und Industrieschuldverschreibungen oder bestimmte Investment- und Immobilienfonds (sofern auch zur Deckung von Pensionsrückstellungen geeignet). Die Nutzungsdauer bzw. **Behaltefrist** beträgt jeweils 4 Jahre. Scheiden dem Betrieb gewidmete Wertpapiere vor dem Ablauf von 4 Jahren aus, so kann eine **Ersatzbeschaffung** durch Realinvestitionen erfolgen bzw. ist bei vorzeitiger Tilgung eine Wertpapierersatzanschaffung binnen 2 Monaten möglich. Bei Inanspruchnahme einer **Betriebsausgabenpauschalierung** steht **nur** der **Grundfreibetrag** zu (dies gilt auch bei der Pauschalierung für Kleinunternehmer). Der Gewinnfreibetrag **vermindert** auch die GSVG-Bemessungsgrundlage und somit **neben der Steuerbelastung auch die Sozialversicherungsbelastung**. Der **Gewinnfreibetrag** wird für Gewinne von 33.000 € bis 178.000 € auf **13 % reduziert** und beträgt zwischen 178.000 € und 353.000 € **7 %**, zwischen 353.000 € und 583.000 € nur mehr **4,5 %**, für den darüber hinaus gehenden Teil der Gewinne **entfällt** der **Freibetrag** zur Gänze. Der Freibetrag beträgt daher **maximal 46.400 €**.

Vorgezogene Investitionen (Halbjahresabschreibung) bzw. Zeitpunkt der Vorauszahlung/Vereinnahmung bei E-A-Rechnern

Für Investitionen, die **nach dem 30.6.2025** getätigt werden, kann unabhängig vom Anschaffungszeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahres-AfA abgesetzt werden. Das **Vorziehen von Investitionen** spätestens in den Dezember 2025 kann daher Steuervorteile bringen. **Geringwertige Wirtschaftsgüter** (seit 2023 max. **1.000 €**) können sofort **zur Gänze** abgesetzt werden. E-A-Rechner können grundsätzlich durch die Ausnutzung des Zufluss-, Abflussprinzips eine **temporäre Verlagerung** der Steuerpflicht erzielen. Für **Investitionen seit 1.7.2020** kann alternativ zur linearen AfA eine **degressive AfA** in Höhe von **30 %** geltend gemacht werden. Dieser Prozentsatz ist auf den jeweiligen Buchwert (Restbuchwert) anzuwenden. **Ausgeschlossen** von dieser i.d.R. **beschleunigten Abschreibung** sind allerdings Investitionen in **Gebäude, KFZ** (nicht aber Investitionen in Elektrofahrzeuge), Firmenwerte oder **immaterielle Wirtschaftsgüter**, die nicht den Bereichen Digitalisierung, Ökologisierung oder Gesundheit/Life-Science zuzuordnen sind. Jedenfalls **ausgeschlossen** von der degressiven AfA sind Investitionen in unkörperliche Wirtschaftsgüter, die zur entgeltlichen Überlassung be-

stimmt sind oder von konzernzugehörigen Unternehmen/beherrschenden Gesellschaftern erworben wurden. Für **gebrauchte Wirtschaftsgüter** kann ebenso wenig die beschleunigte Abschreibung in Anspruch genommen werden wie für Anlagen, die der Förderung, dem Transport oder der Speicherung **fossiler Energieträger** dienen sowie Anlagen, welche fossile Energieträger direkt nutzen.

Für in § 19 Abs. 3 EStG angeführte Ausgaben (z.B. Beratungs-, Miet-, Vertriebs-, Verwaltungs-, Zinskosten etc.) ist allerdings lediglich eine **einjährige Vorauszahlung** steuerlich abzugsfähig! Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen oder Ausgaben, die zum Jahresende fällig werden, sind jenem Kalenderjahr zuzurechnen, zu dem sie **wirtschaftlich** gehören, wenn sie innerhalb von 15 Tagen vor oder nach dem 31.12. bewirkt werden. So genannte „**stehen gelassene Forderungen**“, welche nur auf Wunsch des Gläubigers später gezahlt werden, gelten allerdings als bereits (im alten Jahr) zugeflossen.



Erhöhten Investitionsfreibetrag ausnutzen

Seit 2023 konnte für die Anschaffung oder Herstellung von bestimmten Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Anlagevermögens mit einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von zumindest 4 Jahren ein **Investitionsfreibetrag** geltend gemacht werden. Zur Ankurbelung der Konjunktur wurde für Investitionen vom **1.11.2025 bis 31.12.2026** eine **Erhöhung** auf **20 %** (bisher 10 %) bzw. für **ökologische Investitionen auf 22 %** (bisher 15 %) beschlossen. Der erhöhte Investitionsfreibetrag kann aliquot auch für bereits im November 2025 gestartete, aber noch nicht abgeschlossene Investitionen in Anspruch genommen werden. Die Basis für den Investitionsfreibetrag ist jährlich mit 1 Mio. € begrenzt, so dass sich durch ein gezieltes Vorziehen oder Verschieben von Investitionen Gestaltungsmöglichkeiten ergeben. Für Wirtschaftsgüter, für die ein **Gewinnfreibetrag** geltend gemacht wird, steht **kein** Investitionsfreibetrag zu.

Öko-Zuschlag für Wohngebäude

Der für die Jahre 2024 und 2025 befristet geltende **Öko-Zuschlag** von 15 % kann als zusätzliche Betriebsausgabe für **thermisch-energetische Sanierungsmaßnahmen** bei zu **Wohnzwecken überlassenen Gebäuden** geltend gemacht werden. Begünstigte Maßnahmen sind u.a. eine Gebäudedämmung, der Austausch von Fenstern, Dach und Fassadenbegrünungen und der **Austausch** eines fossilen **Heizungssystems** durch ein klimafreundliches Heizungssystem.

Beschleunigte Abschreibung bei Gebäuden

Für Gebäude, die **nach dem 30.6.2020 angeschafft** oder hergestellt worden sind, gilt eine **beschleunigte AfA**. Im ersten Jahr beträgt die AfA von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten das **Dreifache** des „normalerweise“ anzuwendenden Prozentsatzes (7,5 % im betrieblichen Bereich bzw. 4,5 % im außerbetrieblichen Bereich), im darauffolgenden Jahr das **Zweifache** (5 % bzw. 3 %). Ab dem zweitfolgenden Jahr beträgt die Bemessung der AfA 2,5 % im betrieblichen Bereich bzw. 1,5 % bei der Vermietung und Verpachtung.

Für **Wohngebäude** im Betriebs- und Privatvermögen ist eine **noch attraktivere Abschreibung** möglich, sofern der **Neubau** zwischen **1.1.2024** und 31.12.2026 fertiggestellt wird und bestimmte **ökologische Standards** eingehalten werden („Klimaaktiv Bronze-Standard“). Es kann dann in den **ersten drei Jahren** nach Fertigstellung der **3-fache-Wert der AfA** angesetzt werden – bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung sind das jeweils **4,5 % für drei Jahre** (keine Halbjahres-AfA).

Ersatzbeschaffungen bei Veräußerungsgewinnen von Anlagen

Natürliche Personen können die Versteuerung von **Veräußerungsgewinnen** für mindestens sieben Jahre im **Anlagevermögen** gehaltene Wirtschaftsgüter durch (eingeschränkte) Übertragung auf die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten von **Neuinvestitionen** einer **sofortigen Besteuerung entziehen** (Steuerstundungseffekt).

Beachtung der Umsatzgrenze für Kleinunternehmer

Diese Umsatzsteuerbefreiung (ohne Vorsteuerabzug) ist nur bei einem **Jahresbruttoumsatz** von bis zu **55.000 €** möglich. Unternehmer, die Gefahr laufen, diese **Grenze** im Jahr **2025** zu **überschreiten**, sollten – sofern möglich (und sofern auch im Vorjahr die Grenze überschritten worden ist) – den **Abschluss der Leistungserbringung** auf 2026 **verschieben**. Ein Verschieben lediglich des Zahlungseingangs ist nicht ausreichend für die Einhaltung der Kleinunternehmergrenze.

GSVG-Befreiung

Kleinstunternehmer (Jahresumsatz unter 55.000 €, Einkünfte unter 6.613,20 €) können eine GSVG-Befreiung für 2025 bis **31. Dezember 2025** beantragen. Berechtigt sind **Jungunternehmer** (max. 12 Monate GSVG-Pflicht in den letzten 5 Jahren), Personen ab 60 Jahren (Regelpensionsalter) bzw. Personen über 57 Jahre, wenn die genannten Grenzen in den **letzten 5 Jahren** nicht überschritten wurden. Die Befreiung kann auch **während** des Bezugs von **Kinderbetreuungsgeld** oder bei Bestehen einer Teilversicherung während der Kindererziehung beantragt werden. Diesbezüglich gilt eine **monatliche Grenze** von 551,10 € bzw. ein monatlicher Umsatz von 4.583,33 € (jeweils im Durchschnitt).

Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen

Bei **Einnahmen-Ausgaben-Rechnern** wird eine **Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen** dann anerkannt, wenn diese in ihrer Höhe der voraussichtlichen Nachzahlung für das betreffende Jahr entspricht. Rechnen Sie mit einer Nachzahlung, können Sie durch Leistung einer **freiwilligen Vorauszahlung** den Gewinn reduzieren bzw. glätten und damit eventuell nachteilige **Progressionssprünge vermeiden**.

Netzkarten für Selbständige

Seit 2022 können **Selbständige** (nicht auf andere übertragbare) **Netzkarten für den öffentlichen Verkehr** im Ausmaß von 50 % der Ausgaben **pauschal** als **Betriebsausgaben** absetzen, sofern diese auch für betriebliche Fahrten verwendet werden.

Aufbewahrungspflichten

Mit **31.12.25** endet grundsätzlich die **7-jährige Aufbewahrungspflicht** für Geschäftsunterlagen des Jahres **2018**. Weiterhin aufzubewahren sind Unterlagen, welche für ein anhängiges Abgaben- oder sonstiges behördliches/gerichtliches Verfahren von Bedeutung sind. Aufzeichnungen und Unterlagen betreffend **Grundstücke** (i.S.d. UStG) sind allgemein **22 Jahre** aufzubewahren. Keinesfalls sollten Unterlagen vernichtet werden, die zur **Beweisführung** z.B. bei Produkthaftung, Eigentums-, Bestands- und Arbeitsvertragsrecht dienen. Unterlagen im Zusammenhang mit **COVID-19 Unterstützungen** wie die Investitionsprämie, Kurzarbeitsbeihilfe oder für die 1. Phase des Härtefallfonds müssen **10 Jahre** aufbewahrt werden. Eine Aufbewahrungspflicht von 7 Jahren gilt für Unterlagen i.Z.m. dem Härtefallfonds (außer Phase 1), Fixkostenzuschuss I bzw. 800.000, Ausfallsbonus I, II, III sowie Verlustersatz.

Abzugsfähigkeit von Spenden

Spenden aus dem Betriebsvermögen an bestimmte **Forschungseinrichtungen** und der Erwachsenenbildung dienende Lehreinrichtungen wie auch Universitäten können bis zu einem **Maximalbetrag von 10 %** des Gewinnes Betriebsausgabe sein. Zusätzlich und betragsmäßig **unbegrenzt** können auch Geld- und Sachspenden, die mit der Hilfestellung bei Katastrophenfällen zusammenhängen, geltend gemacht werden, sofern sie der **Werbung** dienen. Auch **Spenden für mildtätige Zwecke, Tierschutz und an freiwillige Feuerwehren** sind als Betriebsausgabe absetzbar. Wesentlich ist mitunter, dass die Spenden empfangende Organisation bzw. der Spendensammelverein in der **BMF-Liste** aufscheint und dass die Spende im Jahr 2025 geleistet wurde. **Seit 2024** können unter gewissen Voraussetzungen (Gemeinnützigkeit) auch **Spenden an Schulen, Kindergärten**, Kultureinrichtungen oder **Sportvereine** abgesetzt werden. Eine **doppelte Berücksichtigung** einer bestimmten Spende als Betriebsausgabe und als Sonderausgabe ist **nicht möglich**. Zu beachten ist auch, dass **betriebliche und private Spenden** zusammen das **Maximum** von **10 %** des Gesamtbetrags der Einkünfte nicht überschreiten dürfen. Seit dem Jahr 2024 ist auch die **Zuwendung von Lebensmitteln** an begünstigte mildtätige Einrichtungen einkommensteuerlich steuerneutral möglich.

Wertpapierdeckung bei Pensionsrückstellungen

Zur Vermeidung von steuerlichen **Strafzuschlägen** müssen **zum Ende des Wirtschaftsjahres Wertpapiere** im Nennbetrag von **mindestens 50 %** des am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres ausgewiesenen steuerlichen Pensionsrückstellungsbetrages im **Betriebsvermögen** vorhanden sein. Es sollte daher das Vorhandensein einer **entsprechenden Bedeckung** noch vor Jahresende überprüft werden.

Energieabgabenrückvergütung

Die Antragstellung für das **Kalenderjahr 2020** hat bis spätestens 31.12.2025 zu erfolgen.

1.2 Für Arbeitgeber

Lohnsteuer- und beitragsfreie Zuwendungen an Dienstnehmer (pro Dienstnehmer p.a.)

- » Betriebsveranstaltungen (z.B. **Weihnachtsfeier**) 365 €;
- » Sachzuwendungen (z.B. Weihnachtsgeschenk) 186 €;
- » **Klimaticket**: Seit 1.7.2022 ist die gänzliche oder teilweise Übernahme von Wochen-, Monats- oder Jahreskarten für öffentliche Verkehrsmittel steuerfrei möglich. Dazu zählt auch das **Klimaticket**;
- » Freiwillige soziale Zuwendungen an den Betriebsratsfonds sowie zur Beseitigung von Katastrophenschäden;
- » **Kostenlose** oder **verbilligte Benützung von Einrichtungen und Anlagen**, die der Arbeitgeber allen oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern zur Verfügung stellt (z.B. Kindergärten, Sportanlagen oder Betriebsbibliotheken, **nicht** aber ein vergünstigtes Fitnesscenter oder Garagenabstellplätze);
- » **Zukunftssicherung** (z.B. Er- und Ablebensversicherungen, Krankenversicherungen, Anteile an Pensionsinvestmentfonds oder Pensionskassenbeiträge) bis 300 €;
- » Freie oder **verbilligte Mahlzeiten und Getränke am Arbeitsplatz** von bis zu 8 € pro Arbeitstag;
- » Zuschuss für **Kinderbetreuungskosten** 2.000 € (pro Kind);
- » **Mitarbeiter rabatte** auf Produkte des Unternehmens, die nicht höher als 20 % sind, führen zu keinem Sachbezug. Diese 20 % sind eine **Freigrenze**, d.h. wird ein höherer Rabatt gewährt, liegt prinzipiell ein Vorteil aus dem Dienstverhältnis vor, von dem im gesamten Kalenderjahr nur 1.000 € (**Freibetrag**) steuerfrei sind;
- » **Mitarbeiterbeteiligung**: für den Vorteil aus der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von **Unternehmensanteilen** an Mitarbeiter besteht ein **jährlicher Freibetrag** pro Mitarbeiter i.H.v. **3.000 €**. Seit dem 1.1.2018 gibt es auch die Möglichkeit der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Aktien bis zu einem Wert von **4.500 € pro Jahr** in steuer- und sozialversicherungsbefreiter Form. Voraussetzung ist, dass eine **Mitarbeiterbeteiligungsstiftung** die Aktien bis zum Ende des Dienstverhältnisses treuhändig verwaltet;
- » **Mitarbeitergewinnbeteiligung**: eine Gewinnbeteiligung von bis zu 3.000 € im Kalenderjahr kann steuerfrei (nicht aber sozialversicherungsfrei) ausbezahlt werden;
- » **Steuerfreie Mitarbeiterprämie**: im Ausmaß von **bis zu 1.000 €** kann im Jahr 2025 unter bestimmten Voraussetzungen eine **Mitarbeiterprämie** ausbezahlt werden, für die keine Lohnsteuer anfällt. Anders als in den Vorjahren besteht jedoch eine Sozialversicherungspflicht sowie keine Befreiung von anderen Lohnnebenkosten. Die Lohnsteuerfreiheit der Mitarbeiterprämie ist jedoch **nicht mehr** an eine **kollektivvertragliche Regelung** gebunden – es müssen jedoch sachliche betriebsbezogene Gründe für die Gewährung vorliegen. Auf die Grenze von 3.000 € sind Zahlungen aus der zuvor genannten **Mitarbeitergewinnbeteiligung** anzurechnen, sodass hier eine gewisse Konkurrenz besteht.

1.3 Für Arbeitnehmer

Werbungskosten noch vor Jahresende bezahlen

Ausgaben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der nichtselbständigen Tätigkeit stehen, müssen noch **vor dem 31.12.25** entrichtet werden, damit sie 2025 von der Steuer abgesetzt werden können. Oftmals handelt es sich dabei um **berufsbedingte Aus-, Fortbildungs- und Umschulungskos-**

ten. Werbungskosten sind entsprechend nachzuweisen (Rechnungen, Quittungen, Fahrtenbuch) und nur zu berücksichtigen, sofern sie insgesamt **132 € (Werbungskostenpauschale)** übersteigen. Überdies können die Kosten für die **Anschaffung ergonomisch geeigneten Mobiliars fürs Home-Office** (z.B. Schreibtisch, Drehstuhl, Beleuchtung) von **bis zu 300 €** als zusätzliche Werbungskosten geltend gemacht werden. Auch ohne Nachweis der Kosten können **pauschal 3 € pro Home-Office-Tag** (für maximal 100 Tage) als **Werbungskosten** abgesetzt werden.

Arbeitnehmerveranlagung 2020 bzw. Antrag auf Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer

Neben der Pflichtveranlagung (z.B. nicht-lohnsteuerpflichtige Einkünfte von mehr als 730 € p.a.) gibt es auch die Antragsveranlagung, aus der ein Steuerguthaben zu erwarten ist. Dieser Antrag ist **innerhalb von 5 Jahren** zu stellen. Für das **Jahr 2020** läuft die Frist am 31.12.2025 ab. Dabei können Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen etc. geltend gemacht werden, die im Rahmen des **Freibetragsbescheids** noch nicht berücksichtigt wurden. Weitere gute Gründe für eine Arbeitnehmerveranlagung sind z.B. zu Unrecht einbehaltene Lohnsteuer, der Anspruch auf **Negativsteuer** bei geringen Bezügen, die Nichtberücksichtigung des Pendlerpauschales oder der **unterjährige Wechsel** des Arbeitgebers bzw. **nichtganzzährige Beschäftigung**.

1.4 Für alle Steuerpflichtigen

Sonderausgaben ohne Höchstbetrag und Kirchenbeitrag

Folgende Sonderausgaben sind **ohne Höchstbetrag unbeschränkt abzugsfähig**: Nachkauf von Pensionsversicherungszeiten, Beiträge zur **freiwilligen Weiterversicherung** in der Pensionsversicherung, bestimmte Renten und dauernde Lasten sowie **Steuerberatungskosten** (wenn nicht bereits Betriebsausgaben/Werbungskosten). Pauschalierte Steuerpflichtige können **Steuerberatungskosten** jedenfalls als Sonderausgaben absetzen. **Kirchenbeiträge** sind bis zu 600 € absetzbar und werden über die Meldung an das Finanzamt **automatisch** berücksichtigt.

Spenden als Sonderausgaben

An bestimmte Organisationen (**Forschungseinrichtungen, öffentliche Museen** etc.) können Spenden i.H.v. **max. 10 % des Einkommens** geltend gemacht werden. Wurden bereits im betrieblichen Bereich diesbezüglich Spenden als Betriebsausgaben abgesetzt, so verringert sich das Maximum bei den Sonderausgaben. Ebenso können durch private (Geld)**Spenden an mildtätige Organisationen, Tierschutzvereine** und Tierheime (BMF-Liste) sowie an **freiwillige Feuerwehren** Steuern gespart werden. Die **Obergrenze** (aus betrieblichen und privaten Spenden) liegt bei **10 % des Gesamtbetrags der Einkünfte**. Ab **2024** wurde mit dem **Gemeinnützigkeitsreformgesetz** die **Abzugsfähigkeit von Spenden** u.a. für Schulen, Kindergärten, Kultureinrichtungen oder Sportvereine erweitert. Voraussetzung ist die **Gemeinnützigkeit** dieser Organisationen.

Zukunftsvorsorge – Bausparen – Prämienbegünstigte Pensionsvorsorge

Die 2025 geförderte **private Zukunftsvorsorge** im prämienbegünstigten Ausmaß von **3.552,60 €** p.a. führt zur **staatlichen Prämie** von **4,25 % (150,99 €)**. Beim **Bausparen** gilt für 2025 eine **staat-**

liche Prämie von 18 € beim maximal geförderten Einzahlungsbetrag von 1.200 € (sofern der Bausparvertrag das gesamte Jahr aufrecht war).

Handwerker- und Reparaturbonus

20 % der Nettokosten von **Handwerkerleistungen im privaten Wohn- und Lebensbereich** können bis zum maximalen Betrag von 1.500 € pro Person (bzw. pro Wohneinheit) als **Handwerkerbonus** lukriert werden. Die Antragstellung hat online unter www.handwerkerbonus.gv.at zu erfolgen. Beim Reparaturbonus sind die zur Verfügung gestellten Mittel bereits ausgeschöpft, Plänen der Regierung zufolge soll aber im Dezember bereits die „Geräte-Retter-Prämie“ als Nachfolgeprogramm gestartet werden.

Zuwendungen an Privatstiftungen

Ab 1.1.2026 kommt es zur Erhöhung der **Stiftungseingangssteuer** und des Stiftungseingangssteueräquivalents von 2,5 % auf **3,5 %** und der **Zwischensteuer** für Stiftungen auf **27,5 %** (derzeit noch 23 %). Geplante Zuwendungen an Privatstiftungen sollten daher nach Möglichkeit noch im Jahr 2025 vorgenommen werden.



2 Neues ab 2026 - aktuelle Themen

2.1 Erhöhter IFB und weitere (geplante) Maßnahmen für Wachstum und Inflationsbekämpfung

Die **strategischen Schwerpunkte** zur **Stärkung des Wirtschaftswachstums**, der **Bekämpfung** der hohen **Inflation** und der Umsetzung von **Strukturmaßnahmen** zur **Verbesserung** der langfristigen **Wettbewerbsfähigkeit** beinhalten vor allem **steuerliche Anreize** und finanzielle Maßnahmen. Ausgewählte (geplante) Maßnahmen werden nachfolgend überblicksmäßig dargestellt.

Erhöhter Investitionsfreibetrag ab 1.11.2025

Der **Investitionsfreibetrag** (IFB) wurde bereits 2023 zur **Förderung von Investitionen**, insbesondere i.Z.m. Ökologisierung wiedereingeführt. Mit dem Investitionsfreibetrag kann mittels bestimmter getätigter Investitionen die **Steuerlast** für betriebliche Einkunftsarten **gesenkt** werden, da der Inves-

titionsfreibetrag **zusätzlich zur Abschreibung** als Betriebsausgabe geltend gemacht werden kann.

Um nun die **Konjunktur** weiter in die Gänge zu bringen, wurden die **Investitionsfreibetragsätze** ab dem 1.11.2025 **bis zum 31.12.2026** wie folgt erhöht.

- » IFB von **20 %** (anstelle von bisher 10 %) der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für **Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens**,
- » IFB von **22 %** (anstelle von bisher 15 %) für Anschaffungen/Herstellungen im Bereich **Ökologisierung** – im Sinne eines Anreizes für **klimafreundliche Investitionen**.

Wie bisher kann auch der erhöhte IFB **maximal** von Anschaffungs- oder Herstellungskosten in Höhe von **1 Mio. € pro Wirtschaftsjahr** geltend gemacht werden. **Ausgeschlossen** vom IFB sind Wirtschaftsgüter, für welche eine **Sonderform der AfA** vorgesehen ist (insbesondere **Gebäude** und **Kfz**), wobei aus ökologischen Gründen der IFB für Elektrofahrzeuge dennoch möglich ist. Darüber hinaus ist der IFB für **geringwertige Wirtschaftsgüter**, welche sofort abgesetzt werden und für unkörperliche Wirtschaftsgüter, die nicht den Bereichen Digitalisierung, Ökologisierung oder Gesundheit/Life-Science zuzuordnen sind, ebenfalls **ausgeschlossen**.

Der Investitionsfreibetrag **entfällt** auch für Investitionen in **unkörperliche Wirtschaftsgüter**, die zur **entgeltlichen Überlassung bestimmt** sind oder von konzernzugehörigen Unternehmen/beherrschenden Gesellschaftern erworben werden. Für **gebrauchte Wirtschaftsgüter** kann ebenso wenig ein IFB beantragt werden wie für Anlagen, die der Förderung, dem Transport oder der Speicherung fossiler Energieträger dienen oder Anlagen, welche fossile Energieträger direkt nutzen.

Die **Wirtschaftsgüter**, für welche der **IFB** in Anspruch genommen werden soll, müssen eine betriebsgewöhnliche **Nutzungsdauer** von **mindestens vier Jahren** haben und **Inlandsbezug** vorweisen. Scheidet das Wirtschaftsgut vor Ablauf von 4 Jahren aus (hier hat eine **taggenaue Betrachtung** zu erfolgen) oder wird es ins Ausland verbracht, kommt es zur **Nachversteuerung** der Begünstigung. Die Nachversteuerung (gewinnerhöhender Ansatz des IFB) entfällt, sofern das Ausscheiden des Wirtschaftsguts auf höhere Gewalt oder auf einen behördlichen Eingriff zurückzuführen ist.

Maßgeblicher **Zeitpunkt** für die Inanspruchnahme des Investitionsfreibetrags ist – unabhängig von der Bezahlung – die **Anschaffung oder Herstellung**. Für die Herstellung ist der Zeitpunkt der **Fertigstellung**, für die Anschaffung der Zeitpunkt der Erlangung der **wirtschaftlichen Verfügungsmacht** maßgeblich - die Inbetriebnahme des jeweiligen Wirtschaftsgutes spielt somit keine Rolle.

Entlastung energieintensiver Unternehmen

Durch das **Standortabsicherungsgesetz 2025** werden energieintensive **Unternehmen entlastet**. Dabei werden die durch den CO₂-Preis entstehenden indirekten Mehrkosten ausgeglichen, um das **Abwandern** von Industriebetrieben („Carbon Leakage“) zu **verhindern**.

Senkung der Stromabgaben

Durch die Senkung des **EAG-Förderbeitrags** (Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz) sollen Haushalte, Gewerbe und Industrie bei den Stromkosten entlastet werden.

Grenze für geringfügigen Zuverdienst

Die **Grenze** für den **geringfügigen Zuverdienst** wird bis einschließlich 2027 **eingefroren**.

Beschränkung der Mietpreise

Die bereits ausgesetzte **Indexierung** der **Mieten** im Vollarwendungsbereich des MRG wird für 2026 auf 1 % und für 2027 auf 2 % **beschränkt**.

Keine Valorisierung von Familienleistungen

Im Sinne der **Budgetkonsolidierung** wird die **Valorisierung** von bestimmten **Familienleistungen** für die Jahre **2026 und 2027 ausgesetzt** – so wird etwa der **Kinderabsetzbetrag** für 2026 und 2027 **nicht erhöht**. Überdies erfolgt für die Kalenderjahre 2026 bis einschließlich 2028 der Ausgleich für die **kalte Progression** nur in Höhe von **2/3 der positiven Inflationsrate**, das **verbleibende Drittel** wird **ausgesetzt**.

Zuverdienst in der Pension

Geplant ist ein Modell, das den **Zuverdienst** von **Regelpensionisten attraktiver** gestalten soll („Pensionisten-Flat Tax“). Dieses soll voraussichtlich ab dem 1.1.2026 in Kraft treten, ohne jedoch die Attraktivität der **Teilpension** zu schmälern. Überdies soll die Beschäftigungsquote älterer und langzeitarbeitsloser Personen erhöht werden (Stärkung der „Aktion 55 Plus“) und es sollen auch Anreize für mehr Arbeitsstunden geschaffen werden

Anpassung der Luxustangente für PKWs

Die Angemessenheitsgrenze soll **ab dem Jahr 2027 auf 55.000 € angehoben** werden. Der Zielwert von 65.000 € als Angemessenheitsgrenze ist von der budgetären Entwicklung abhängig.

Betriebsübergaben leichter gemacht

Entsprechend dem Regierungsprogramm soll der **Freibetrag auf 45.000 € angehoben** werden (von **bisher 7.300 €**). Der begünstigende **Hälftesteuersatz** für außerordentliche Einkünfte soll in Zukunft **ohne Einstellung der Erwerbstätigkeit** („Berufsverbot“) **möglich** sein.

Erhöhung der sonstigen Bezüge

Eine **Erhöhung** des **Freibetrags** in Höhe von 620 € **für sonstige Bezüge** (13. und 14. Gehalt) ist laut Regierungsprogramm angedacht.

Absenkung des Dienstgeberbeitrags

Die **Senkung der Lohnnebenkosten** ist immer ein heißes Thema und somit auch bei der neuen Bundesregierung auf der Agenda. Unter Budgetvorbehalt soll der **Dienstgeberbeitrag** von aktuell 3,7 % bis Mitte der Legislaturperiode stufenweise **auf 0 % gesenkt** werden.

2.2 Weiterbildungszeit ab 2026

Als Nachfolgemodell zur „Bildungskarenz“ (Weiterbildungsgeld) kommt es im Rahmen der neuen **Weiterbildungszeit** ab 1.1.2026 zu Änderungen und vor allem **Verschärfungen**. Vorgesehen – die finale Umsetzung bleibt noch abzuwarten – sind höhere zeitliche und inhaltliche Anforderungen an die Weiterbildung (**mindestens 20 Wochenstunden** bzw. 20 ECTS bzw. 16 bei Kinderbetreuung bis zum 7. Lebensjahr), eine stärkere Kontrolle, Erfolgsnachweise und Meldepflichten sowie Rückforderungsmöglichkeiten. Vorausgesetzt werden etwa **12 Monate** (in den letzten 24 Monaten) ununterbrochene arbeitslosenversicherungspflichtige **Beschäftigung** vor Inanspruchnahme der Weiterbildungszeit, wobei Zeiten des Kinderbetreuungsgeldes (Elternkarenz) unmittelbar davor ausgeschlossen sind. Die in der Vergangenheit oftmalsige Praxis der **Verlängerung der Elternkarenz durch eine geförderte Weiterbildung** wird dadurch **verhindert**.

Verglichen mit der Bildungskarenz ist neu, dass sich der **Arbeitgeber** an den **Kosten beteiligen** soll. Bei einem Bruttoentgelt ab der Hälfte der Höchstbeitragsgrundlage (für 2026 beträgt die Höchstbeitragsgrundlage 6.930 €) muss der Arbeitgeber **15 % der Weiterbildungsbeihilfe übernehmen**, wodurch sich der AMS-Beitrag entsprechend verringert. Der Arbeitgeberzuschuss ist steuerfrei und die diesbezüglichen Sozialversicherungsbeiträge werden vom AMS getragen. Überdies soll die Beihilfe (es besteht **kein Rechtsanspruch** darauf) **einkommensabhängig** gestaffelt sein. Sie orientiert sich dabei am Fachkräftestipendium, welches für das Jahr 2025 mindestens 40,4 € beträgt und ist auf maximal 67,94 € pro Tag begrenzt.

2.3 Highlights Budgetbegleitgesetz 2025

Verschärfungen bei der Grunderwerbsteuer bei „Share Deals“

Die grunderwerbsteuerlichen Tatbestände des **Gesellschafterwechsels** bzw. der **Anteilsvereinigung** und **-übertragung** wurden erweitert, um große Immobilientransaktionen in Form von „Share Deals“ besser erfassen zu können (also bei Übertragungen von Anteilen an Personen- und Kapitalgesellschaften, die ein **Grundstück** besitzen). Damit wird eine **faktische Gleichstellung** von **Asset Deals** und **Share Deals** bei **Immobilientransaktionen** erreicht. Ein GrESt auslösender Tatbestand des **Gesellschafterwechsels** liegt bereits vor, wenn **mindestens 75 %** (anstelle 95 %) der **Anteile am Gesellschaftervermögen** bzw. der Gesellschaft innerhalb von **7 Jahren** auf neue Gesellschafter übergehen. Nicht nur **Gesellschafterwechsel** von Personengesellschaften, sondern auch an **Kapitalgesellschaften** sind vom Anwendungsbereich erfasst. Ausgenommen sind an Wertpapierbörsen gehandelte Kapitalgesellschaften. Auch Übertragungen von Anteilen am Gesellschaftsvermögen oder der Gesellschaft werden von der **Grunderwerbsteuer erfasst**, sofern durch die Übertragung (mittelbar oder unmittelbar) **mindestens 75 %** (anstelle von 95 %) aller Anteile **in der Hand einer Person** oder einer Personenvereinigung **vereinigt** werden. Unter Personenvereinigung ist grundsätzlich der gesellschaftsrechtliche Konzernbegriff zu verstehen. Davon umfasst sind auch natürliche Personen, die eine einheitliche Leitung oder den beherrschenden Einfluss ausüben. Der Tatbestand der Anteilsvereinigung ist gegenüber jenem des Gesellschafterwechsels nachrangig.

Die **Bemessungsgrundlage** für die **GrESt** bei Gesellschafterwechsel bzw. Anteilsvereinigung und -übertragung sowie bei Umgründungen ist weiterhin der **Grundstückswert** – der **Steuersatz bleibt bei 0,5 %** (dies gilt auch bei Vorliegen eines Familienverbands i.S.d. GGG). Liegt hingegen eine „Im-

mobiliengesellschaft“ vor, so stellt der **gemeine Wert** aller betroffenen **Grundstücke** (bei Anteilsvereinigung, Gesellschafterwechsel oder Umgründung) die **Bemessungsgrundlage** für die GrESt dar (**Steuersatz 3,5 %**). Eine „Immobilien-gesellschaft“ ist insbesondere anzunehmen, wenn das Vermögen überwiegend aus Grundstücken besteht, die nicht für eigene gewerbliche Zwecke genutzt werden (die Veräußerung, Vermietung oder Verwaltung von Grundstücken stellen keine gewerblichen Zwecke dar) oder die Einkünfte überwiegend durch Veräußerung, Vermietung oder die Verwaltung von Grundstücken erzielt werden. Die dargestellten **Änderungen** im Rahmen der **GrESt** sind auf Erwerbsvorgänge anzuwenden, für die die Steuerschuld nach dem 30.6.2025 entsteht oder entstehen würde.

Umwidmungszuschlag bei der Veräußerung von Grund und Boden

Durch die **Umwidmung von Grundstücken** – insbesondere von Grünland zu Bauland – kann es oftmals zu **atypischen Wertsteigerungen** kommen, die nunmehr einer **stärkeren Besteuerung** unterliegen. Konkret wurde bei der **Veräußerung** von **umgewidmetem Grund und Boden** ein **30 %iger Umwidmungszuschlag** eingeführt, der dem ermittelten **Gewinn** bzw. den positiven Einkünften (Überschuss) **hinzuzurechnen** ist (der Umwidmungszuschlag gilt also für betriebliche und außerbetriebliche Einkünfte). Führt die Grundstücksveräußerung zu einem **Verlust**, so fällt **kein Umwidmungszuschlag** an. Bedeutsam an der Neuregelung ist, dass sich der **Umwidmungszuschlag nur auf Grund und Boden** bezieht, nicht aber auf den anteiligen Veräußerungsgewinn für nach der Umwidmung errichtete Gebäude. Keine Rolle beim Umwidmungszuschlag spielt es, ob es sich um Altvermögen oder Neuvermögen handelt, auch der bei der Veräußerung zur Anwendung kommende Steuersatz (Tarifsteuersatz oder besonderer Steuersatz) ist irrelevant. Der **Umwidmungszuschlag** ist mit der **Höhe des Veräußerungserlöses begrenzt**. Zur Anwendung kommt der Umwidmungszuschlag bei Veräußerungen von Grundstücken ab 1.7.2025, wenn die wirksame Umwidmung ab 1.1.2025 stattgefunden hat.

Erhöhung des Pendlereuros

Um die **Abschaffung des Klimabonus** zumindest teilweise zu **kompensieren**, wurde der **Pendlereuro** ab 2026 von 2 € auf **6 € angehoben**. Der **maximale Erstattungsbetrag** für Arbeitnehmer mit Anspruch auf das Pendlerpauschale wurde von 608 € auf **737 € angehoben**.

Ausweitung der Basispauschalierung

Für die Veranlagung 2025 und 2026 wurde die **Basispauschalierung** ausgeweitet – konkret wurde für das Jahr 2025 die **Umsatzgrenze** von 220.000 € auf **320.000 € erhöht** und der **Prozentsatz** der pauschalen Betriebsausgaben von 12 % auf **13,5 %**. Ab der Veranlagung 2026 ist sogar die **Erhöhung der Umsatzgrenze auf 420.000 €** vorgesehen – die **pauschalen Betriebsausgaben** steigen dann auf **15 %**. Beim **reduzierten Pauschalierungssatz** von 6 %, etwa für schriftstellerische, vortragende, wissenschaftliche, unterrichtende oder erzieherische Tätigkeiten, wird **ab der Veranlagung 2026** ebenso die Umsatzgrenze von 420.000 € gelten (maximal können daher 25.200 € geltend gemacht werden).

Bei der **Basispauschalierung in der Umsatzsteuer** (Vorsteuerpauschalierung) bleibt der pauschale Vorsteuerbetrag bei **1,8 % des Gesamtumsatzes** aus Tätigkeiten i.S.d. § 22 und § 23 EStG. Der **Höchstbetrag der abzugsfähigen Vorsteuern** wird – aufgrund der Erhöhung der Umsatzgrenzen bei der

einkommensteuerlichen Basispauschalierung – für 2025 auf maximal 5.760 € und **ab 2026 auf maximal 7.560 € angehoben**.

2.4 Tarifestufen in der Einkommensteuer ab 2026

Durch die **Abschaffung der „kalten Progression“** wird die jährliche aufgrund der **Inflation** entstehende **Mehrbelastung abgegolten**. Dies äußert sich dadurch, dass die wesentlichen Tarifelemente und **Absetzbeträge automatisch** im Ausmaß von **zwei Dritteln der Inflationsrate angepasst** werden. Das verbleibende Drittel wird aufgrund der Budgetsanierung derzeit ausgelassen. Beim Spitzensteuersatz von 55 % erfolgt keine inflationsbedingte Anpassung.

Durch die **automatische Inflationsanpassung** der für die Anwendung der 1. bis 5. Tarifstufe maßgebenden **Grenzbeträge** ergeben sich nachfolgende Werte in der Einkommensteuer **ab 2026**.

Einkommen (in €)		Grenzsteuersatz
Über	Bis	
0	13.539	0 %
13.539	21.992	20 %
21.992	36.458	30 %
36.458	70.365	40 %
70.365	104.859	48 %
104.859	1.000.000	50 %
Über	1.000.000	55 %

Grundlage für die Tarifänderung ist die Anhebung um 1,7333 % (entspricht 2/3 der Inflationsrate von 2,6 %).

2.5 Sparmaßnahmen und Verschärfungen (Budgetsanierungsmaßnahmengesetz 2025)

Mit dem Budgetsanierungsmaßnahmengesetz 2025 sind steuerliche Einsparungsmaßnahmen beschlossen werden. Diese werden nachfolgend im Überblick dargestellt.

Verlängerung des Spitzensteuersatzes (55 %) für Einkommensteile in Höhe über 1 Mio. € um weitere vier Jahre bis inklusive 2029

Abschaffung des Umsatzsteuer-Nullsteuersatzes für Photovoltaikanlagen

Seit 1. April 2025 ist die Anwendung des **Umsatzsteuersatzes** von **0 %** für Lieferungen, innergemeinschaftliche Erwerbe, Einfuhren sowie Installationen von **Photovoltaikmodulen nicht mehr möglich**. Der Nullsteuersatz kommt bis 31. Dezember 2025 nur mehr dann zur Anwendung, wenn die zugrundeliegenden Verträge vor dem 7. März 2025 geschlossen wurden.

Ausweitung der motorbezogenen Versicherungssteuer auf E-Autos

Die **bisherige Befreiung** für KFZ, die aufgrund ihres Antriebs einen CO₂-Emissionswert von 0 g/km aufweisen, **entfällt**. Künftig sind nur noch Mopeds (Kleinkrafträder) mit elektrischem Antrieb von der motorbezogenen Versicherungssteuer befreit. Für E-Autos gilt ein eigener Steuersatz – überdies wurde der Steuersatz für PKW mit **Plug-in-Hybrid** angepasst. Die neue Rechtslage gilt für alle KFZ **ab 1.4.2025** – Änderungen werden somit nur für Versicherungszeiträume nach dem Inkrafttreten wirksam. Da die motorbezogene Versicherungssteuer im Wesentlichen als **Erhebungsform der Kraftfahrzeugsteuer** fungiert und alle widerrechtlich genutzten Fahrzeuge in der Kraftfahrzeugsteuer erfasst sind, wurden die **Änderungen** bei der motorbezogenen Versicherungssteuer auch im **Kraftfahrzeugsteuergesetz umgesetzt**.

Standortbeitrag der Bankenwirtschaft („Bankenabgabe“)

Die **Stabilitätsabgabe** (d.h., die von der Bilanzsumme abhängigen Prozentsätze der Stabilitätsabgabe) wurde rückwirkend mit **1. Jänner 2025 erhöht**. Überdies haben die Kreditinstitute für die Kalenderjahre 2025 und 2026 jeweils **Sonderzahlungen** (i.H.v. rund 300 Mio. €) zu entrichten. Die Sonderzahlungen und die Stabilitätsabgabe können **nicht** als Betriebsausgabe **steuerlich** abgesetzt werden.

Standortbeitrag der Energiewirtschaft

Der **Energiekrisenbeitrag-Strom** und der **Energiekrisenbeitrag-fossile Energieträger** werden **verlängert**. Die Maßnahme beim Energiekrisenbeitrag-Strom gilt für 5 Jahre in 5 Erhebungszeiträumen bis zum 31.3.2030. Zwei **Verschärfungen** sind dabei besonders relevant. Die Erlösgrenze, ab der abgeschöpft wird, wurde für Überschusserlöse nach dem 31.3.2025 von 120 € auf 90 € je Megawattstunde gesenkt, bei Neuanlagen (welche ab dem 1.4.2025 in Betrieb genommen werden) auf 100 € je Megawattstunde. Überdies wird die **Abschöpfungsrate** ab 1.4.2025 von 90 % der Überschusserlöse auf 95 % **erhöht**.

Beim **Energiekrisenbeitrag-fossile Energieträger** von 40 % der Bemessungsgrundlage endet der letzte Erhebungszeitraum mit dem Kalenderjahr 2029. Der Energiekrisenbeitrag-fossile Energieträger ist für steuerpflichtige Gewinne zu zahlen, welche um mehr als 5 % über dem Durchschnittsbeitrag der Kalenderjahre 2018 bis 2021 liegen.

Anhebung der Wettgebühren

Per 1. April 2025 erfolgte die **Anhebung der Wettgebühren auf 5 %** der Wetteinsätze (zuvor 2 %).

Anhebung der Tabaksteuer

Mit 1.4.2025 wurde etwa die Mindestverbrauchsteuer auf Zigaretten von 163 € auf 175 € je 1.000 Stück erhöht.

Reisepass wird teurer

Seit Juli kostet die **Ausstellung** eines **Reisepasses** 112 € statt bisher 75,90 €, die Gebühr für einen **Führerschein** macht dann 90 € aus anstelle von bisher 60,50 €. Es ist also zu einer **Nachvalorisierung**

der Bundesgebühren gekommen, sodass die Gebührensätze im Wesentlichen um die Inflation seit Juli 2011 erhöht wurden (das entspricht um fast 50 %).

Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten werden erhöht

Zwecks Konsolidierung des Budgets wurde ab 1. Juni 2025 der **Krankenversicherungsbeitrag** für **Pensionisten** auf **6 %** der Beitragsgrundlage (bisher 5,1 %) **erhöht**. Zur Abfederung wurde die **Rezeptgebühr** 2026 eingefroren sowie eine **Arzneimittelobergrenze** von 1,5 % des Nettoeinkommens (schrittweise Absenkung von bisher 2 % des Nettoeinkommens) eingeführt. Überdies wurde positiverweise der Maximalbetrag der SV-Rückerstattung (**Negativsteuer**) für Bezieher niedriger Pensionen ab dem Kalenderjahr 2025 auf **710 € angehoben** (bisher 637 €).

Änderungen für Privatstiftungen

In Hinblick auf eine Entkopplung vom regulären Körperschaftsteuersatz wird die **Zwischensteuer** bei **Privatstiftungen** ab der Veranlagung 2026 auf **27,5 % angehoben** (von 23 %). An dem Charakter der Zwischensteuer sowie der der Zwischenbesteuerung zugrundeliegenden Systematik hat sich jedoch nichts geändert. Folglich beträgt etwa die Gutschrift der Körperschaftsteuer der Jahre ab 2026 auch 27,5 % der jeweiligen Bemessungsgrundlage. Entsprechend der Änderungen im Stiftungseingangssteuergesetz ist es auch zu einer **Erhöhung des Stiftungseingangssteueräquivalents** im **Grund-erwerbsteuergesetz** für Erwerbsvorgänge von Privatstiftungen ab 1.1.2026 auf **3,5 %** (von bislang 2,5 %) gekommen.



2.6 Trinkgeldregelung – Neuerungen in der Sozialversicherung und steuerliche Klarstellungen

Neben der in der Öffentlichkeit regelmäßig diskutierte **steuerlichen Behandlung von Trinkgeldern** ist auch die **sozialversicherungsrechtliche Behandlung** zu berücksichtigen. Hierbei ist es zu Vereinfachungen gekommen.

Trinkgelder sind in der gesetzlichen **Sozialversicherung** bei der Beitragsbemessung grundsätzlich als **beitragspflichtiges Entgelt** zu berücksichtigen. Wie bereits in der Vergangenheit können im Sinne der Verwaltungsverfahren **Pauschalbeträge** für Trinkgelder festgelegt und für die Bemessung der Beiträge in der **Sozialversicherung** herangezogen werden. Neu ist nunmehr eine **bundesweite**

Vereinheitlichung für einzelne Erwerbszweige – die **Pauschalbeträge** werden überdies schrittweise **angehoben**. Betroffen sind Dienstnehmer, die üblicherweise Trinkgelder erhalten sowie jene, die innerbetrieblich an Trinkgeldern beteiligt sind, etwa durch Tronc-Systeme. Die Trinkgeldpauschalierung betrifft hingegen nicht Dienstnehmer in Betrieben, in denen typischerweise kein Trinkgeld gegeben wird (z.B. in Altersheimen).

Die künftig festgesetzten **Pauschalbeträge** sind **Maximalbeträge**, weshalb **keine nachträglichen Beitragsvorschreibungen** in der Sozialversicherung **anfallen können**, sofern die tatsächliche **Trinkgeldsumme höher** ausfällt. Umgekehrt können die tatsächlich angefallenen Trinkgelder als Bemessungsgrundlage herangezogen werden, sofern sie **nachweislich** unter dem Pauschalbetrag liegen.

Für den **Hotel- und Gastgewerbebereich**, in dem Trinkgelder eine besonders bedeutende Rolle für die Mitarbeiter spielen, gilt nachfolgende **Staffelung** des monatlichen Trinkgeldpauschales (in der Sozialversicherung).

Jahr	Mitarbeiter mit Inkasso	Mitarbeiter ohne Inkasso
2026	65 €	45 €
2027	85 €	45 €
2028	100 €	50 €

Eine dazu passende **arbeitsrechtliche Änderung** sieht mehr **Transparenz** vor, indem Arbeitnehmer, welche an einem **Trinkgeld-Verteilssystem** beteiligt sind, am Beginn des Arbeitsverhältnisses über den Aufteilungsschlüssel zu **informieren** sind. Auf Anfrage sollen Arbeitnehmer auch Auskunft über bargeldlos eingekommene Trinkgelder erhalten, sofern die Trinkgelder nicht ohnedies am selben Abend oder zeitnah verteilt werden.

Aus **steuerlichen** Gesichtspunkten betrachtet, brachte eine **BMF-Info** Klarstellung zu diesen Themengebieten, welche auch in die **Lohnsteuerrichtlinien** Eingang finden werden. Dabei wird betont, dass es bei der **Überprüfung der Ortsüblichkeit von Trinkgeldern** (als wichtiges Kriterium für die (Lohnsteuer)Freiheit von Trinkgeldern) nicht auf die Höhe des **insgesamt** hingegebenen Trinkgeldes ankommt, sondern auf die Höhe des **jedem einzelnen Arbeitnehmer tatsächlich zugeflossenen Trinkgeldes**. Dabei ist das Verhältnis zwischen dem betragsmäßigen Trinkgeld und dem Arbeitslohn des einzelnen Arbeitnehmers nicht maßgeblich.

Die BMF-Info betont überdies als **Grundlage** für die **Steuerfreiheit von Trinkgeldern**, dass dem Arbeitnehmer das **Trinkgeld von dritter Seite** zugewendet werden muss. Dies gilt auch, wenn das Trinkgeld nicht selbst entgegengenommen wird, jedoch an die Arbeitnehmer weitergegeben wird. **Trinkgelder von dritter Seite** liegen überdies vor, wenn der Arbeitgeber **Kreditkartentrinkgelder** an die Arbeitnehmer weitergibt. Steuerbefreit sind auch Trinkgelder, die im Rahmen eines **Trinkgeld-Verteilsystems** (z.B. Tronc-System) gesammelt und nach einem im Vorhinein festgelegten Schlüssel an die Arbeitnehmer verteilt werden. Leitet der Arbeitgeber entgegengenommene Trinkgelder nicht an die Arbeitnehmer weiter, so stellen diese beim **Arbeitgeber Betriebseinnahmen** dar.

3 Fokus Unternehmer

3.1 Liquidation ausländischer Gruppenmitglieder und weitere Änderungen bei der Gruppenbesteuerung

Der VwGH-Entscheidung (GZ Ro 2023/13/0003 vom 16.4.2024) lag die **Liquidation** eines **ausländischen Gruppenmitglieds** einer steuerlichen Unternehmensgruppe zugrunde und die Frage, wie weit die (ausländische) **Verlustverwertung** möglich ist. Es ging dabei um ein in Südkorea ansässiges Gruppenmitglied, welches in der Zeit als **Gruppenmitglied hohe Verluste** erzielt hatte – die **österreichische** beteiligte **Gesellschaft** nahm in diesem Zeitraum **noch höhere Teilwertabschreibungen** vor. Die **Teilwertabschreibungen** waren den Regelungen der Gruppenbesteuerung entsprechend **steuerlich nicht abzugsfähig** gewesen. Die anschließende **Liquidation** des ausländischen Gruppenmitglieds führte zur **Nachversteuerung** der bisher in Österreich berücksichtigten **ausländischen Verluste**, wobei der nachzuversteuernde Betrag **um** die bisher **steuerneutralen Teilwertabschreibungen** zur Gänze **reduziert** wurde.

Strittig war, ob jener Betrag der **Teilwertabschreibungen**, der die Summe der **nachzuversteuernden ausländischen Verluste übersteigt**, als tatsächliche und endgültige Vermögensverluste i.S.d. § 10 Abs. 3 KStG **steuerlich geltend** gemacht werden könnte. Demnach können bei nicht zur Steuerwirksamkeit optierten internationalen Schachtelbeteiligungen bei einem **liquidations- oder insolvenzbedingten Untergang der Beteiligung** die **tatsächlichen und endgültigen Vermögensverluste ausnahmsweise steuerwirksam** behandelt werden. Eine entsprechende Regelung ist im Gesetzeswortlaut für die Gruppenbesteuerung gem. § 9 KStG allerdings nicht vorgesehen.

Der VwGH setzte sich im Rahmen seiner Entscheidungsfindung mit den steuerlichen Besonderheiten der **Gruppenbesteuerung** als „**abgeschlossenes System**“ auseinander. So müssen durch die Gruppenbesteuerung in Österreich verwertete **ausländische Verluste** in Österreich **nachversteuert** werden, wenn der besagte **ausländische Verlust** zu einem späteren Zeitpunkt mit einem **ausländischen Gewinn verrechnet** wird oder hätte verrechnet werden können. Bei **Ausscheiden** des **ausländischen Gruppenmitglieds** aus der Unternehmensgruppe müssen die in Österreich noch nicht verrechneten (jedoch früher verwerteten) **Verluste** des ausländischen Gruppenmitglieds **nachversteuert** werden – bei tatsächlichem und endgültigem Vermögensverlust ist der zuzurechnende Betrag um die während der Gruppenzugehörigkeit **nicht steuerwirksamen Teilwertabschreibungen zu kürzen**. Dem Wortlaut „zu kürzen“ entsprechend kann eine **Kürzung bis maximal 0 €** erfolgen – für eine steuerliche Geltendmachung darüber hinausgehender früherer Teilwertabschreibungen ist dem VwGH folgend kein Platz.

Der Gerichtshof betonte auch, dass eine **potentielle Nichtberücksichtigung von Verlusten** aus einer Beteiligung dem **System der Gruppenbesteuerung immanent** ist, wenn die Teilwertabschreibungen die Verluste aus der Tochtergesellschaft übersteigen (dies gilt gleichermaßen für Inlands- und Auslandsbeteiligungen). Im Rahmen der **Gruppenbesteuerung** ist nämlich **keine Deckelung des Teilwertabschreibungsverbotes** mit den zugerechneten Verlusten **vorgesehen**. Auf der anderen Seite bietet das System auch viele Vorteile, wie etwa die Möglichkeit, eine steuerneutral gehaltene (ohne Option zur Steuerwirksamkeit) ausländische Beteiligung in die Gruppe miteinzubeziehen, wodurch die laufenden Verluste der Tochtergesellschaft trotz Steuerneutralität der Beteiligung verwertet werden können.

Im Endeffekt **verneinte** der **VwGH** das Begehren des Steuerpflichtigen, **neben allen Vorteilen des Gruppenbesteuerungssystems auch** noch die Vorteile des **§ 10 Abs. 3 KStG** im Sinne einer **steuerlichen Geltendmachung** von **darüber hinausgehenden Teilwertabschreibungen** in Anspruch nehmen zu können. Folglich können im Rahmen der **Gruppenbesteuerung** bisher **steuerneutrale Teilwertabschreibungen** lediglich in jenem Ausmaß **nachgeholt** werden, das den bisher **geltend gemachten Auslandsverlusten entspricht**.

Verrechnungsverbot für bestimmte Vorgruppenverluste neuer Gruppenträger

Schon bisher war im Rahmen der Gruppenbesteuerung die **Nichtabzugsfähigkeit von Teilwertabschreibungen** und von **Veräußerungsverlusten innerhalb der Unternehmensgruppe** unter bestimmten Voraussetzungen vorgesehen, um eine Mehrfachverwertung von Verlusten zu verhindern. Durch das AbgÄG 2024 erfolgte eine weitere **Einschränkung** dahingehend, dass vortragsfähige **Verluste des Gruppenträgers** aus Zeiten vor Wirksamwerden der Unternehmensgruppe **nicht verrechnet** werden können, soweit darin (vormals abzugsfähige) **Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert** und **Veräußerungsverluste** i.Z.m. Beteiligungen an Körperschaften enthalten sind, welche zum Zeitpunkt der Abschreibung bzw. des Veräußerungsverlusts bereits **Mitglied einer anderen Unternehmensgruppe** waren (gleiches gilt auch für noch nicht berücksichtigte Siebentelbeträge). Damit soll **verhindert** werden, dass es insbesondere bei Gruppenerweiterungen „nach oben“ zu einer **doppelten Verlustverwertung** kommt. Dies wäre beispielsweise möglich, wenn eine Muttergesellschaft Teilwertabschreibungen auf darunter liegende Beteiligungen vornimmt, welche bereits Teil einer Unternehmensgruppe waren, und in der Folge durch eine „**Gruppenerweiterung nach oben**“ den **Verlust** gleichsam **doppelt verwerten** könnte (bei der beteiligten Körperschaft selbst und nochmals durch Abzugsfähigkeit der Teilwertabschreibung bzw. des Veräußerungsverlusts an der Beteiligungskörperschaft bei der beteiligten Muttergesellschaft). Die **Neuregelung** kommt jedoch dann **nicht zum Tragen**, wenn erfasste **Teilwertabschreibungen** auf eine Beteiligung mit späteren steuerwirksamen **Zuschreibungen** des nunmehrigen Gruppenträgers auf die Beteiligung (entspricht dem darunter liegenden Gruppenmitglied) **verrechnet** werden können. Solche **Verluste** gehen überdies **nicht verloren**, sondern leben nach Beendigung der Gruppe (i.S. einer Art Wartetastenverlust) wieder auf. Diese Verschärfung gilt für alle neuen Unternehmensgruppen, für welche **Gruppenanträge nach dem 3.5.2024** gestellt wurden bzw. werden.

Verzicht auf Verlustzurechnung ausländischer Gruppenmitglieder

Seit der **Veranlagung** für das Kalenderjahr **2024** ist es möglich, auf die **Zurechnung von Verlusten** eines nicht unbeschränkt steuerpflichtigen **ausländischen Gruppenmitglieds** zu **verzichten**. Davor waren die Verluste ausländischer Gruppenmitglieder **zwingend** zu berücksichtigen. **Steuerliche Gewinne** von ausländischen Gruppenmitgliedern werden hingegen **nicht** dem österreichischen **Gruppenergebnis** hinzugerechnet. Gegebenenfalls führen sie aber zur **Nachversteuerung** vorangegangener Verluste. Typischerweise werden ausländische Gesellschaften in die Unternehmensgruppe aufgenommen, wenn sie Verluste erzielen und diese (zumindest **temporär**) mit inländischen Gewinnen verrechnet werden können, sodass es zu einer **Minderung** des Gruppenergebnisses und der **inländischen Körperschaftsteuerbelastung** kommt.

Der wahlweise Verzicht auf die Zurechnung kann für **jedes Wirtschaftsjahr neu** ausgeübt werden und bezieht sich gegebenenfalls auf den **gesamten Verlust** des ausländischen **Gruppenmitglieds**

des jeweiligen Wirtschaftsjahres. Eine teilweise Verlustberücksichtigung ist nicht möglich. Neben **verwaltungsökonomischen Gründen** bei bloß geringen Verlustbeträgen kann sich die neu geschaffene Wahlmöglichkeit auch im Rahmen der **Mindestbesteuerung positiv** auswirken. Bei der Mindestbesteuerung könnte die Annahme einer Niedrigbesteuerung und somit eine **zusätzliche Steuerbelastung** durch die Mindestbesteuerung drohen, wenn ein ausländischer Verlust nicht innerhalb von drei Jahren nachversteuert wird.

Gruppenantrag über FinanzOnline

Seit 5. März 2025 ist in FinanzOnline eine neue Funktion freigeschalten, mit welcher die Übermittlung von Gruppenanträgen i.S.d. § 9 KStG möglich ist. Konkret ist die neue Funktion „Antrag auf Feststellung einer Unternehmensgruppe gemäß § 9 Abs. 8 KStG“ unter dem Menüpunkt „Weitere Services“ zu finden. Seit dem 5. März 2025 sind Gruppenanträge elektronisch nur mehr über diese neue Funktion einzubringen (nicht mehr über „sonstige Anbringen“). Die Gruppenanträge müssen mittels qualifizierter elektronischer Signatur unterfertigt worden sein, damit die Einreichung über die neue Funktion in FinanzOnline erfolgreich ist.

3.2 Der VwGH zur Einbeziehung von Gewinnausschüttungen in die GSVG-Beitragsgrundlage

Aufgrund der besseren **Datenübermittlung** zwischen **Finanzamt** und **Sozialversicherungsanstalt** werden **Gewinnausschüttungen** für GSVG-pflichtige **Gesellschafter-Geschäftsführer** in die **GSVG-Beitragsgrundlage** nach § 25 Abs. 1 GSVG **miteinbezogen**. Folgende **Daten aus der Kapitalertragsteueranmeldung** werden der SVS elektronisch vom Finanzamt zur Verfügung gestellt:

- » Sozialversicherungsnummer des GSVG-pflichtigen Gesellschafter-Geschäftsführers,
- » Name des GSVG-pflichtigen Gesellschafter-Geschäftsführers,
- » Bruttobetrag der Gewinnausschüttung.

Für Gesellschafter-Geschäftsführer, die schon mit ihren **laufenden Bezügen die Höchstbeitragsgrundlage** zur Sozialversicherung **überschreiten**, ergeben sich dadurch **keine Nachzahlungen**.

Der **Verwaltungsgerichtshof** (GZ Ro 2023/08/006 vom 2.7.2024) musste dazu Stellung beziehen, ob bei **Gesellschafter-Geschäftsführern**, die **nicht Mitglieder der Wirtschaftskammer** sind, die **Gewinnausschüttungen ebenfalls** in die Basis für die SV-Beiträge **einzubeziehen** sind. Im konkreten Fall hatte ein Gesellschafter-Geschäftsführer keine Mitgliedschaft in der Wirtschaftskammer und hatte Geschäftsführerbezüge aus der GmbH, die jedoch unter der Pflichtversicherungsgrenze lagen. **In Summe betrachtet** haben jedoch die Gewinnausschüttung und die Geschäftsführerbezüge die **Versicherungsgrenze** (Wert für das Jahr 2024: 6.221,28 €) **überschritten**. Fraglich war nun, ob für die Prüfung der Versicherungsgrenze die **Gewinnausschüttungen ebenfalls einzubeziehen** sind.

Der **VwGH** entschied aufgrund des Wortlauts des § 25 Abs. 1 GSVG, dass für die **Prüfung der Versicherungsgrenze sowohl** die **Geschäftsführerbezüge** als auch die **Gewinnausschüttungen** in die Ermittlung **einzubeziehen** sind. Somit war trotz sehr geringer Geschäftsführerbezüge von 484,82 € pro Jahr und einer Gewinnausschüttung von 520.000 € die **Summe** der beiden Beträge **maßgeblich**.

Da die Versicherungsgrenze überschritten wurde, war die **Höchstbemessungsgrundlage** für die SVS-Beiträge festzusetzen. Diese Vorgehensweise soll auch sicherstellen, dass Gesellschafter-Geschäftsführer **nicht** durch eine Gestaltung ihrer Einkünfte die **Beitragspflicht umgehen** können.

Somit werden auch zukünftig Gesellschafter-Geschäftsführer ohne Mitgliedschaft bei der Wirtschaftskammer mit **niedrigen Vergütungen** (bzw. sogar minimalen Geschäftsführerbezügen) und **hoher Gewinnausschüttung** (Einkünfte aus Kapitalvermögen) **fallweise** mit empfindlichen **Nachzahlungen** aufgrund Überschreitens der Pflichtversicherungsgrenze rechnen müssen.

3.3 Neue Finanzordnungswidrigkeit im Kampf gegen Scheinunternehmen und Scheinrechnungen

Die Finanz hat ein neues Werkzeug an die Hand bekommen, um besser **gegen Scheinunternehmer** oder **Scheinrechnungen** vorgehen zu können. Bislang bestand das Problem, dass schnelle und wirk-same Aktionen gegen Scheinunternehmen schwer möglich waren. Durch die Einführung eines neuen **Finanzordnungswidrigkeitstatbestands** ist es der Finanzverwaltung nunmehr möglich, gegen Scheinunternehmen oder Aussteller von Scheinrechnungen bzw. Deckungsrechnungen vorzugehen, da schon das **Vorbereitungsstadium strafbar** ist. Das **vorsätzliche Verfälschen von Belegen**, das **Herstellen von falschen oder unrichtigen Belegen** und das Verwenden derartiger **Belege** wurde unter **Strafe** gestellt.

Konkret ist das **Verfälschen** eines bestehenden **Belegs** nach den neuen Regelungen strafbar. **Verfälschen** liegt vor, wenn ein existierender Beleg **nachträglich unbefugt abgeändert** wird, sodass der geänderte Inhalt den **Anschein erweckt**, vom ursprünglichen Aussteller zu stammen. *Beispiel: ein Unternehmen erhält eine Rechnung über 5.000 € für Dienstleistungen. Ein Mitarbeiter ändert den Betrag auf 50.000 € und reicht die geänderte Rechnung ein, um höhere Ausgaben geltend zu machen.*

Nicht nur das Verfälschen eines Belegs ist strafbar, auch das **Herstellen eines falschen oder unrichtigen Belegs** führt zu **finanzstrafrechtlichen Konsequenzen**. In diesem Fall wird ein Beleg neu erstellt, wobei der **scheinbare** und der **tatsächliche Aussteller nicht identisch** sind (**falscher Beleg**) oder der Beleg **inhaltlich unrichtige Tatsachen widerspiegelt (unrichtiger Beleg)**. *Beispiel: ein Unternehmer erstellt eine gefälschte Quittung für eine angebliche Zahlung an einen Lieferanten, die nie stattgefunden hat, um die Ausgaben zu erhöhen und die Steuerlast zu senken.*

Eine **dritte strafbare Handlung** ist es, derartige Belege, also **verfälschte, falsche oder unrichtige Belege, zu verwenden**. Dabei ist nicht nur das unmittelbare Verwenden strafbar, also das Aufnehmen derartiger Belege in die Bücher, sondern **auch** die **Vermittlung** derartiger Belege. *Beispiel: ein Vermittler übergibt eine gefälschte Rechnung an einen Geschäftspartner, der diese dann in seiner Buchhaltung verwendet, um die Ausgaben zu erhöhen und die Steuerlast zu senken. Selbst wenn die gefälschte Rechnung nicht in der Buchhaltung des Geschäftspartners aufgenommen wird, begeht der Vermittler eine Finanzordnungswidrigkeit.*

All diese Handlungen sind **strafbar**, wenn sie **vorsätzlich** begangen wurden. Das bedeutet, der Täter muss wissen, dass er durch das Verfälschen oder unrichtige Ausstellen eines Belegs eine **Abgabenverkürzung** bewirken kann. Es droht eine **Geldstrafe** von **bis zu 100.000 €**.

3.4 Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland

Voraussetzung für den **Vorsteuerabzug** ist, dass die Leistung für das Unternehmen des Leistungsempfängers ausgeführt wurde und eine **ordnungsgemäße Rechnung** im Sinne des § 11 UStG vorliegt. Damit die auf einer **Eingangsrechnung** ausgewiesene Umsatzsteuer als **Vorsteuer** abzugsfähig ist, muss die Rechnung daher folgende Angaben enthalten:

Eingangsrechnung: Rechnungen von Ihren Lieferanten. **Ausgangsrechnung:** Rechnungen an Ihre Kunden (=Leistungsempfänger). Die Ausfertigung der Rechnungen unterliegt bestimmten **Formal-erfordernissen**. Nachfolgende Angaben sind beim Rechnungsempfänger Voraussetzung für den Vorsteuerabzug! Eine Rechnung **über 400 €** (inkl. USt) hat gemäß § 11 UStG folgende Punkte zu beinhalten (Musterrechnung siehe nächste Seite):

1. Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmens.
2. Name und Anschrift des Abnehmers der Lieferung oder des Empfängers der sonstigen Leistung.
3. Bei Rechnungen, deren Gesamtbetrag **10.000 € übersteigt**, ist die UID-Nummer des Leistungsempfängers anzugeben, wenn der leistende Unternehmer im Inland einen Wohnsitz/Sitz hat oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt/eine Betriebsstätte hat UND der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird.
4. Die Menge und die handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung.
5. Tag der Lieferung oder der sonstigen Leistung bzw. den Zeitraum, über den sich die sonstige Leistung erstreckt.
6. Das Entgelt für die Lieferung/die sonstige Leistung und den anzuwendenden Steuersatz; im Fall einer Steuerbefreiung hat die Rechnung einen Hinweis zu enthalten, dass für diese Lieferung/sonstige Leistung eine Steuerbefreiung gilt.
7. Den auf das Entgelt entfallenden Umsatzsteuerbetrag in EUR (ggf. Umrechnungskurs mit Kurs des BMF bzw. EZB-Kurs).
8. Das Ausstellungsdatum (bei Bargeschäften genügt der Hinweis: Lieferdatum=Rechnungsdatum; eines der beiden Daten muss jedoch tatsächlich mit dem Hinweis angegeben sein).
9. Fortlaufende Rechnungsnummer.
10. **UID-Nummer** des Unternehmers, sofern er im Inland Lieferungen/sonstige Leistungen erbringt, für die das Recht auf Vorsteuerabzug besteht.

Bei Rechnungen, deren **Gesamtbetrag 400 €** (inkl. USt) **nicht** übersteigt, genügen folgende Angaben. Dies gilt seit 2025 auch für Kleinunternehmer (unabhängig vom Rechnungsbetrag):

- » Ausstellungsdatum,
- » Name und Anschrift des liefernden/leistenden Unternehmers,
- » Menge und handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände/Art und Umfang der sonstigen Leistung,
- » Tag der Lieferung/der sonstigen Leistung/Zeitraum, über den sich die Leistung erstreckt,
- » Entgelt und der Steuerbetrag,
- » Steuersatz.

Rechnung

Kundennummer:
Belegnummer:
Ihre UID-Nummer:

999999
1234/2026
ATU 987654321

Belegdatum:
Fälligkeit:

09.07.2026
prompt

Lieferdatum

06.07.2026

Zahlungsart:

Einziehung

Tel:
Fax:
E-mail:

+43 (0) 123456789
+43 (0) 12345678900
info@musterleistung.at

Max Muster GmbH
Hauptstrasse 21/14
2020 Hollabrunn

Vertragspartner:

Max Muster GmbH
Hauptstrasse 21/14
2020 Hollabrunn

	Menge	Betrag in € exkl. USt.	USt.	Betrag USt.	Betrag in € inkl. USt.
Produkt1	1	17,99	20%	3,60	21,59
Produkt2	1	10,00	20%	2,00	12,00
Summen		27,99		5,60	33,59

Unsere Kontodaten: IBAN: AT512976583000156823, BIC: AUAGTWXX

Bei Bankeinzug bitte nicht einzahlen.

Einwände gegen diese Rechnung sind bis spätestens 4 Wochen nach Rechnungserhalt schriftlich möglich, ansonsten gilt sie als anerkannt.

Zahlung: Prompt bei Erhalt der Rechnung, 12% p. a. Verzugszinsen.

Bei Fragen zu dieser Rechnung stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung: Mo-Fr, 08-17 Uhr

Dienstleistung Muster GmbH
Rathausplatz 5, 2000 Stockerau

FN 123123a, Landesgericht Korneuburg,
Firmensitz: Stockerau
UID-NR. ATU12345678

DVR-Nr: 12346567

Weiters ist darauf zu achten, dass Eingangsrechnungen, die Sie als Unternehmer erhalten, ebenfalls diese Rechnungsbestandteile enthalten. Nur dann berechtigen sie zu einem Vorsteuerabzug. **Fehlerhafte Rechnungen** bzw. Rechnungen, die den USt-Vorschriften nicht entsprechen, müssen vom Lieferanten **korrigiert** werden.

4 Fokus Arbeitnehmer

4.1 Mitarbeiterrabatte gelten auch für ehemalige Arbeitnehmer in Pension

Unter gewissen Voraussetzungen können **an Mitarbeiter gewährte Rabatte steuerfrei** behandelt werden. So muss der Arbeitgeber den Mitarbeiterrabatt allen Mitarbeitern oder zumindest bestimmten Gruppen von Mitarbeitern einräumen. Überdies dürfen die verbilligt erworbenen Waren oder Leistungen von den Mitarbeitern **nicht zur Einkünfteerzielung** verwendet werden. Die **Wertgrenzen** für die **Steuerfreiheit** liegen bei maximal **20 % Rabatt** gegenüber dem üblichen Endverkaufspreis (unbegrenzt) – **Rabatte von mehr als 20 % können bis maximal 1.000 € pro Jahr** steuerfrei gewährt werden.

Der **VwGH** hatte sich (GZ Ro 2025/15/0004 vom 27.5.2025) mit der Frage auseinanderzusetzen, ob solche **Mitarbeiterrabatte auch ehemaligen Arbeitnehmern**, welche bereits **in Pension sind, steuerfrei gewährt** werden können. Die für Gerichte nicht verbindlichen **Lohnsteuerrichtlinien schließen** in Rz 104 **Pensionisten von der Begünstigung aus** mit dem Hinweis, dass diese keine Arbeitnehmer i.S.d. § 3 Abs. 1 Z 21 EStG sind. Im konkreten Fall wurde ehemaligen Bankmitarbeitern die Steuerfreiheit von Sonderkonditionen wie attraktiveren Einlagenzinsen, vergünstigten Kontoführungs- und Depotgebühren etc. verwehrt.

Wie bereits das BFG kam der **VwGH** zur Entscheidung, dass aus den **gesetzlichen Bestimmungen keine Rechtfertigung für die Ausgrenzung** von pensionierten ehemaligen Arbeitnehmern von der Gewährung steuerfreier Mitarbeiterrabatte abgeleitet werden kann. So **gilt § 47 EStG** folgend als **Arbeitnehmer jede natürliche Person**, die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezieht. Solche Einkünfte sind insbesondere dann gegeben, wenn Bezüge oder Vorteile aus einem bestehenden oder früheren Dienstverhältnis bezogen werden. Außerdem ist dem VwGH folgend **aus den Gesetzesmaterialien** (d.h., der Absicht des Gesetzgebers) zur Schaffung der begünstigten Mitarbeiterrabatte **nicht ableitbar**, dass Vorteile aus **früheren Dienstverhältnissen nicht** von der Steuerbefreiung **umfasst** sein sollen.

Schließlich ist noch zu bedenken, dass **gar keine Steuerpflicht der gewährten Vorteile** vorliegen würde (nicht einmal Steuerbarkeit), falls die Ursache für die günstigeren Bankkonditionen in allgemeinen Kundenbindungsaktionen gelegen wäre oder diese Vorteile allgemeine, nicht mitarbeiterbezogene Rabatte darstellten (und **nicht aufgrund des früheren Dienstverhältnisses** gewährt wurden). Im Endeffekt kam der **VwGH** zur Entscheidung, dass **Mitarbeiterrabatte auch ehemaligen** (pensionierten) **Arbeitnehmern steuerfrei zu gewähren** sind, sofern die entsprechenden Voraussetzungen für diese Begünstigung erfüllt sind – eine Einschränkung auf bloß aktive Mitarbeiter ist unzulässig.



4.2 Geltendmachung von Kosten als außergewöhnliche Belastung – Voraussetzungen und aktuelle Entscheidungen

Die steuerliche **Geltendmachung** von Kosten bzw. Aufwendungen als **außergewöhnliche Belastung** ist ein häufiger Streitpunkt zwischen Steuerpflichtigen und Finanzverwaltung – in einem weiteren Schritt müssen sich auch oftmals Gerichte (z.B. BFG, VwGH) damit auseinandersetzen. Anhand einer **BFG-Entscheidung** (GZ RV/7103866/2024 vom 9.4.2025) sollen nachfolgend **typische Fallstricke** für Steuerpflichtige im Rahmen der (erhofften) Geltendmachung als außergewöhnliche Belastung dargestellt werden.

Grundvoraussetzung für die steuerliche Abzugsfähigkeit als **außergewöhnliche Belastung** sind **kumuliert Außergewöhnlichkeit, Zwangsläufigkeit** und die **wesentliche Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit**. Überdies darf die Belastung nicht bereits als Betriebsausgabe, Werbungskosten oder Sonderausgaben geltend gemacht worden sein. Dabei gilt eine Belastung als außergewöhnlich, soweit sie höher ist als jene, die der Mehrzahl der Steuerpflichtigen gleicher Einkommensverhältnisse bzw. gleicher Vermögensverhältnisse erwächst. **Zwangsläufigkeit** setzt voraus, dass man sich der Belastung aus **tatsächlichen, rechtlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen** kann. In Bezug auf die wesentliche Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist davon auszugehen, wenn die **Belastung** einen vom Steuerpflichtigen von seinem Einkommen vor Abzug der außergewöhnlichen Belastung zu berechnenden **Selbstbehalt übersteigt**.

Das **BFG** hatte sich im konkreten Fall mit der Frage auseinanderzusetzen, ob die **Kosten** i.Z.m. dem **Ausbau einer Toilette** als **außergewöhnliche Belastung steuerlich abgesetzt** werden können, sofern die Voraussetzungen für eine Behinderung beim Steuerpflichtigen zweifelsfrei gegeben sind. Auffällig war dabei, dass vom Steuerpflichtigen für die Geltendmachung lediglich ein **Angebot für den Austausch eines WCs** in Standardausführung vorgelegt worden war. Das **BFG betonte** in seiner Entscheidung, dass bei dem Umbau einer Toilette (gleichermaßen gilt das für andere Bereiche der Wohnung bzw. des alltäglichen Lebens) **lediglich jene Mehraufwendungen als außergewöhnliche Belastung** abzugsfähig sind, die durch eine **behindertengerechte Ausführung zusätzlich entstehen**. Die **Kosten für eine normale Standardausführung**, die für jede Person nutzbar ist und somit keine Hilfsmittel umfasst, können hingegen **nicht abgezogen** werden. Bei **Umbauten** ist dem BFG folgend überdies zu beachten, dass eine (außergewöhnliche) **Belastung** typischerweise nur dann **vorliegt**, wenn die Ausgaben zu einem **endgültigen Verbrauch**, Verschleiß oder einer sonstigen **Vermögensminderung** führen. **Bloße Vermögensumschichtungen** (weil z.B. durch den Umbau der Wert des Eigenheims erhöht wird) ziehen hingegen üblicherweise **keine außergewöhnliche Belastung** nach sich.

Hinsichtlich „Beweislast“ ist schließlich für die Geltendmachung von Kosten als außergewöhnliche Belastung zu beachten (gemäß VwGH-Rechtsprechung), dass es an dem **Steuerpflichtigen** liegt, **alle Umstände darzulegen**, auf welche die **abgabenrechtliche Begünstigung** gestützt werden kann. Im konkreten Fall wurde dies unterlassen, da weder Rechnungen für den Ausbau der Toilette vorgelegt worden sind (auch keine Zahlungs- oder Überweisungsbestätigungen), noch der Nachweis erbracht wurde, wie hoch die aufgrund der Behinderung angefallenen Aufwendungen waren.

Für die steuerliche Geltendmachung von **außergewöhnlichen Belastungen** bei Vorliegen einer **Behinderung** sei schließlich noch darauf hingewiesen, dass aus der Behinderung resultierende Mehraufwendungen **ohne Berücksichtigung eines Selbstbehalts** als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden können. Grundsätzlich allerdings nur insoweit sie die **Summe erhaltener pflegebedingter Geldleistungen**, wie z.B. Pflegegeld oder Pflegezulage, **übersteigen**.

Operation in einer Privatklinik als außergewöhnliche Belastung?

Solche tatsächlichen Gründe i.S.d. Zwangsläufigkeit für eine außergewöhnliche Belastung können insbesondere in der **Krankheit, Pflegebedürftigkeit** oder Betreuungsbedürftigkeit des Steuerpflichtigen selbst oder naher Angehöriger gelegen sein. Dabei können auch Aufwendungen, die **nicht** von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden, zwangsläufig erwachsen, wenn sie aus **triftigen Gründen medizinisch geboten** sind. Bezogen auf die freie Arztwahl können selbst **höhere Aufwendungen** als die von der Sozialversicherung finanzierten, als zwangsläufig zu beurteilen sein, wenn triftige medizinische Gründe vorliegen.

Das **BFG** hatte sich (GZ RV/7103207/2021 vom 30.9.2024) mit einem Fall auseinanderzusetzen, in dem die **Kosten** für eine **Wirbelsäulenoperation in einer Privatklinik** als **außergewöhnliche Belastung** geltend gemacht werden sollten. Begründet wurde dies mitunter damit, dass massive Schmerzen vorlagen, eine **zeitnahe Operation** in einem öffentlichen Krankenhaus (auch aufgrund der damals herrschenden **COVID-19-Situation**) nicht gesichert war und überdies ein Hinauszögern der Operation zu negativen medizinischen Konsequenzen führen könnte.

Im Rahmen der Entscheidungsfindung führte das BFG aus, dass eine Steuerermäßigung aufgrund einer außergewöhnlichen Belastung nur dann in Anspruch genommen werden kann, wenn auch die **Gründe** für die Inanspruchnahme einzeln angeführt und vom Steuerpflichtigen zumindest **glaubhaft gemacht** werden können. Im konkreten Fall wurde seitens der Steuerpflichtigen die **Dringlichkeit** der **Operation** durch **Arztbriefe** bestätigt und auch die generell schwierige Situation für Operationstermine in Krankenhäusern während der COVID-Pandemie angeführt – so war aufgrund von Corona **kein sicherer OP-Termin** möglich und eine **Wartezeit** in einem öffentlichen Spital von **mindestens 6 bis 8 Monate** (ohne Garantie der danach erfolgenden Operation) anzunehmen.

Im konkreten Fall **verneinte** das **BFG** die **steuerliche Abzugsfähigkeit der Operationskosten** als außergewöhnliche Belastung. Vor allem deshalb, da von der Steuerpflichtigen zwar behauptet wurde, dass in einem öffentlichen Krankenhaus kein zeitnaher Operationstermin zu bekommen wäre, allerdings **nicht festgestellt werden konnte, wann** sie in einem **öffentlichen Krankenhaus konkret** einen **Operationstermin** bekommen hätte. Selbst wenn in Zeiten von Corona sich die Organisation eines **Untersuchungstermins** in einem **öffentlichen Krankenhaus** schwieriger gestaltete, so war dies jedoch **nicht unmöglich**. Mangels Nachweises, dass die Operation in einem öffentlichen Krankenhaus nicht zeitgerecht möglich gewesen wäre, konnte das Vorliegen triftiger medizinischer Gründe nicht festgestellt werden. Überdies wurde zwar mittels Arztbrief die **Dringlichkeit** der **Operation bestätigt**, konkret drohende **ernsthafte gesundheitliche Nachteile** bei einer **späteren Operation** wurden jedoch **nicht dargelegt**. Dabei ist auch zu bedenken, dass in **öffentlichen Krankenhäusern** (gesetzlich verankert) für die ärztliche Behandlung von Patienten ausschließlich deren **Gesundheitszustand maßgeblich** ist – das Krankenhaus hat daher die Operationstermine **nach Dringlichkeit der medizinischen Behandlung** zu vergeben.

Die steuerliche Geltendmachung von **Kosten** für die **Behandlung** in einer **Privatklinik** führt oftmals zur **Ablehnung durch die Finanzbehörden**, da angenommen wird, dass dies nur aufgrund der **schnelleren Behandlung** als in einem öffentlichen Krankenhaus geschieht. Eine **sorgfältige Beweisvorsorge** ist notwendig, um die strengen Hürden der steuerlichen Anerkennung als außergewöhnliche Belastung überwinden zu können. So sollte vorab ein **öffentliches Krankenhaus** um einen **konkreten Operationstermin** ersucht werden – danach kann allenfalls eine Privatklinik kontaktiert werden. Kann damit die **längere Wartezeit** in einem öffentlichen Krankenhaus **nachgewiesen** werden **und** führt die längere Wartezeit auf die Operation zu einem **konkreten medizinischen Nachteil**, so ist ein wichtiges **Kriterium** für die Geltendmachung der typischerweise höheren Kosten in einer Privatklinik als **außergewöhnliche Belastung erfüllt**. **Alternativ** müsste der Nachweis gelingen, dass im Zeitpunkt der Operation die **Behandlungsmethode** in einer **Privatklinik** jener in einem öffentlichen Krankenhaus **überlegen** ist. Gelingt weder noch, liegt regelmäßig keine außergewöhnliche Belastung vor.

Drohender Verlust des Arbeitsplatzes als außergewöhnliche Belastung?

Eine Steuerpflichtige wollte im Rahmen der **Arbeitnehmerveranlagung** die **Kosten** für eine **Schulteroperation** in einer **Privatklinik** als **außergewöhnliche Belastung** geltend machen. Grund für die Inanspruchnahme der schneller verfügbaren Operation in einer Privatklinik war die schon seit Jahrzehnten bestehende **Erkrankung an Diabetes** und die damit einhergehenden medizinischen Eingriffe und damit verbundenen **Ausfälle** an ihrem **Arbeitsplatz** durch **lange Krankenstände**. Sie hatte sich für eine Operation in der Privatklinik entschieden, da die **Wartezeit** für die benötigte Operation laut Anfrage in verschiedenen Krankenhäusern **mindestens 3 bis 6 Monate betragen hätte** und sie **befürchtete**, durch einen weiteren langen Krankenstand ihren **Arbeitsplatz** zu **verlieren**.

Das **BFG** betonte hinsichtlich dem kritischen Punkt (für das Vorliegen einer außergewöhnlichen Belastung) der **Zwangsläufigkeit**, dass die Steuerpflichtige aus objektiv nachvollziehbaren Gründen befürchtet habe, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, wenn sie nicht für eine rasche Operation in einem Privatspital gesorgt hätte, um ihren bereits **7 Monate dauernden Krankenstand** einem baldigen **Ende zuzuführen**. Deshalb konnte sie sich **aus tatsächlichen Gründen der Kosten** für die Operation **nicht entziehen** – die **Belastung** war daher als **zwangsläufig** anzusehen.

Die Geltendmachung von Krankheitskosten als außergewöhnliche Belastung ist naturgemäß ein kritisches Thema. Nach herrschender Rechtsprechung ist für den **Nachweis der medizinischen Notwendigkeit** (z.B. einer Operation) ein **ärztliches Zeugnis** oder ein Gutachten erforderlich. Überdies können die Kosten regelmäßig als außergewöhnliche Belastung abgesetzt werden, wenn ein **Teil** der angefallenen **Aufwendungen** von einem gesetzlichen **Sozialversicherungsträger übernommen** wurde. Selbst wenn die Kosten nicht übernommen werden, jedoch **aus triftigen Gründen medizinisch geboten** sind, kann eine außergewöhnliche Belastung gegeben sein.

Können jedoch – wie im vorliegenden Fall – die **medizinische Notwendigkeit** bzw. triftige medizinische Gründe **für einen früheren Operationstermin** in einem Privatspital **nicht nachgewiesen** werden, so ist das Kriterium der **Zwangsläufigkeit nicht erfüllt**. Der **drohende Verlust des Arbeitsplatzes** stellt laut **VwGH** (GZ Ro 2021/13/0011 vom 18.12.2024) **keine Zwangsläufigkeit** dar, sodass die Kosten für die Operation in dem Privatspital **nicht** als **außergewöhnliche Belastung** steuerlich berücksichtigt werden können.

4.3 Kosten für doppelte Haushaltsführung können nicht uneingeschränkt geltend gemacht werden

Die steuerliche Geltendmachung von **Kosten für die doppelte Haushaltsführung** ist oftmals ein **Streitpunkt** zwischen Steuerpflichtigen und Finanz. Das **BFG** (GZ RV 7104510/2019 vom 26.8.2024) hatte sich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob im Zusammenhang mit einer Entsendung von Deutschland nach Österreich die **Kosten für die Anmietung einer großen Wohnung** in Wien steuerlich in Abzug gebracht werden können.

Ausgangspunkt war die **Entsendung** des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber von Deutschland **nach Österreich** für einen angedachten (und später verlängerten) Zeitraum von rund 3 Jahren. Der entsendete Arbeitnehmer hatte zu Beginn der Entsendung nach Österreich seinen Familienwohnsitz in Deutschland beibehalten und einen **weiteren, beruflich bedingten Wohnsitz in Österreich** begründet. Während seiner Entsendung wurde er **von seiner Familie begleitet** und später begründete er auch den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen in Österreich, da zu Österreich die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen bestanden. Durch die **Familienbegleitung** war eine entsprechend große Wohnung in Wien notwendig und die damit einhergehenden **Mietkosten von mehr als 2.200 € pro Monat** sollten als **Kosten für doppelte Haushaltsführung** steuerlich geltend gemacht werden. Die hohen Kosten (für eine Dachgeschoßwohnung mit drei Etagen) wurden auch damit begründet, dass dem Steuerpflichtigen aufgrund der Entsendung **nur ein begrenzter Zeitraum zur Verfügung stand**, um eine **passende Unterkunft zu finden** – überdies sollte sich der Wohnsitz in der Nähe des Arbeitsplatzes in Wien befinden usw. Konkrete **Nachweise** für die Behauptung, dass es **keine günstigere Wohnung** im Einzugsgebiet des Beschäftigungsortes gegeben hätte, wurden allerdings **nicht erbracht**.

Das BFG betonte in seiner Entscheidungsfindung, dass **lediglich unvermeidbare Mehraufwendungen steuerlich abzugsfähig** sind, die durch die **Notwendigkeit** entstehen, am **Beschäftigungsort wohnen zu müssen**, da die **Verlegung des Familienwohnsitzes** an den Beschäftigungsort **unzumutbar** ist und ebenso die **tägliche Rückkehr vom Beschäftigungsort** zum Familienwohnsitz nicht zugemutet werden kann. Dabei müssen die **tatsächlich angefallenen Wohnungskosten** am Beschäftigungsort einer **Angemessenheitsprüfung** unterzogen werden.

Dabei ist maßgeblich, welche **Wohnungsgröße für eine Person** angemessen ist – anders ausgedrückt, welche Kosten das durchschnittliche **Wohnbedürfnis** einer **allein wohnenden Person** am Beschäftigungsort **decken**. Jene Kosten, die damit zusammenhängen, dass auch die **Familie** in Wien (am Beschäftigungsort) wohnte, sind nicht beruflich veranlasst und können somit **nicht steuerlich in Abzug gebracht** werden. Im konkreten Fall waren demnach anstelle der Kosten für eine 155 m²-Wohnung **lediglich jene Kosten für eine Wohnung mit 60 m²** (für Wohnraum und Küche, WC, Bad und Schlafzimmer) basierend auf einer **früheren VwGH-Entscheidung** nachvollziehbar und **angemessen**, da sie auch die durchschnittlichen Wohnbedürfnisse einer allein wohnenden Person am Beschäftigungsort abdecken.

Kosten der **doppelten Haushaltsführung** und **Kosten für** in diesem Rahmen anfallende **Familienheimfahrten** können unter bestimmten Voraussetzungen als **Werbungskosten** geltend gemacht werden. Sofern Mehraufwendungen anfallen, weil jemand am Beschäftigungsort wohnen muss und die **Verlegung des (Familien-)Wohnsitzes** in eine übliche Entfernung zum Ort der Erwerbstätigkeit

nicht zugemutet werden kann, sind diese Mehraufwendungen Werbungskosten. Wichtig dabei ist, dass die Kosten für Familienheimfahrten nur dann steuerlich absetzbar sind, wenn die Voraussetzungen einer **beruflich veranlassten doppelten Haushaltsführung** vorliegen und den Steuerpflichtigen daraus ein Mehraufwand trifft. Dieser Mehraufwand muss betraglich das höchste Pendlerpauschale überschreiten, um als Werbungskosten gelten zu können.

In einem anderen Fall hatte sich das **BFG** (GZ RV/4100087/2023 vom 22.1.2025) mit dem Sachverhalt auseinanderzusetzen, in dem eine deutsche Staatsbürgerin die **Kosten** der am österreichischen Arbeitsort gelegenen **Mietwohnung** im Rahmen ihrer Arbeitnehmerveranlagung als **Werbungskosten** (als Kosten der doppelten Haushaltsführung und Kosten für in diesem Rahmen anfallende Familienheimfahrten, da sie regelmäßig die Strecke zwischen dem Hauptwohnsitz in Deutschland und Österreich per privatem Pkw zurücklegte) steuerlich **absetzen wollte**. Sie war im in Frage stehenden Zeitraum **alleinstehend** und hatte **keine Sorgepflichten** – weiters verfügte sie neben einer Mietwohnung am Arbeitsort in Österreich über eine Mietwohnung in Deutschland. Für die Notwendigkeit der **Beibehaltung des Wohnsitzes in Deutschland** wurde vorgebracht, dass sich ihr **soziales Umfeld in Deutschland** befinde (auch Mitgliedschaften in Vereinen, ehrenamtliche Tätigkeiten usw.). Überdies wolle sie nur für eine **beschränkte Zeit in Österreich** tätig sein, da sie zukünftig das Architektenbüro ihres Onkels in Deutschland übernehmen werde (in diesem Zusammenhang wurde auch ein Bauplatz an dem Wohnsitz in Deutschland erworben).

Das BFG beschäftigte sich insbesondere mit der Frage, ob die **Kosten** für die **Reisebewegungen** zwischen den beiden Wohnungen **steuerlich zu berücksichtigen** sind bzw. ob eine **Verlegung des Wohnsitzes an den Beschäftigungsort** zumutbar gewesen wäre. Liegt nämlich der Familienwohnsitz des Steuerpflichtigen **aus privaten Gründen** außerhalb der üblichen Entfernung vom Arbeitsplatz, dann können die Aufwendungen für die Wohnung am Arbeitsplatz nicht steuerlich berücksichtigt werden. **Werbungskosten** können dennoch eventuell geltend gemacht werden, sofern dem Steuerpflichtigen eine **Wohnsitzverlegung** in übliche Entfernung vom Ort der Erwerbstätigkeit **nicht zugemutet werden kann** – dies kann die verschiedensten Ursachen haben (privater Natur oder aufgrund des Arbeitsverhältnisses).

Das BFG betonte in seiner Entscheidung, dass im vorliegenden Fall **keine gewichtigen Gründe gegen die Wohnsitzverlegung** an den Arbeitsort in **Österreich** bestanden, da selbst der Verlust des „sozialen Umfelds“ keine steuerlich beachtenswerten Gründe für die Beibehaltung des Wohnsitzes darstellen würden (dies gilt auch für Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, welche ebenso im Umkreis zum Arbeitsort ausgeübt werden können). Unter gewissen Bedingungen könnte jedoch die **Wohnsitzverlegung** auch für **alleinstehende Steuerpflichtige unzumutbar** sein – nämlich dann, wenn von vornherein mit Gewissheit anzunehmen ist, dass die **auswärtige Tätigkeit** auf einen gewissen **Zeitraum** von maximal 4 bis 5 Jahre **befristet** ist und von einer Rückkehr zum Hauptwohnsitz auszugehen ist. Gerade diese **zeitliche Begrenzung** war jedoch im **vorliegenden Fall nicht gegeben**. Trotzdem konnte die Steuerpflichtige im Endeffekt die **Kosten der doppelten Haushaltsführung** und von **Familienheimfahrten** für einen Zeitraum von **6 Monaten ab Beschäftigungsbeginn** als Werbungskosten **steuerlich geltend machen**. Es ist nämlich auch alleinstehenden Arbeitnehmern ohne Sorgepflichten eine gewisse Übergangszeit zuzustehen, in der sie Aufwendungen für eine Wohnmöglichkeit am Beschäftigungsort als Werbungskosten geltend machen können. Dabei sind auch die Kosten für die Heimfahrt steuerlich anzusetzen, da es dem Arbeitnehmer zuzubilligen ist, in gewissen Zeitabständen in seiner Wohnung nach dem Rechten zu sehen.

4.4 Kein Sachbezug für Abstell- und Garagenplätze bei vorhandenem „Parkpickerl“

Das **BFG** hatte sich (GZ RV/7103968/2024 vom 27. Mai 2025) mit der Frage auseinanderzusetzen, ob die **unentgeltliche Zurverfügungstellung** eines **Abstell-** bzw. Garagenplatzes durch den Arbeitgeber in einem Bereich, in dem ein so genanntes „**Parkpickerl**“ benötigt wird, auch dann einen **steuerpflichtigen Sachbezug** darstellt, wenn der **Arbeitnehmer** bereits über ein **gültiges Parkpickerl** (für besagten Bezirk) **verfügt**.

Ausgangspunkt war, dass der **Arbeitgeber** seinen Mitarbeitern am Betriebsstandort in einer **parkraumbewirtschafteten Zone** während der Arbeitszeit **kostenlos Abstellplätze für KFZ** zur Verfügung gestellt hatte (mit grundsätzlich freier Platzwahl). Die Nutzung dieser kostenlosen Abstellplätze führt praktisch betrachtet zum Wegfall der zeitweise mühsamen Parkplatzsuche und teilweise auch zur **Ersparnis** der **Parkgebühr** für das Abstellen des KFZ während der Arbeitszeit in einer ansonsten parkraumbewirtschafteten Zone. Die **Sachbezugswerteverordnung** sieht in § 4a vor, dass bei Arbeitnehmern ein **Sachbezug** von **14,53 € monatlich** anzusetzen ist, wenn die Möglichkeit besteht, das für Fahrten von zuhause zum Arbeitsplatz genutzte **KFZ** (dies gilt auch für arbeitgebereigene Fahrzeuge) **während der Arbeitszeit** in Bereichen, die einer (gebührenpflichtigen) Parkraumbewirtschaftung unterliegen, auf einem Abstell- oder **Garagenplatz** des **Arbeitgebers** zu **parken**.

Das BFG setzte sich in seiner Entscheidungsfindung genauer mit der Definition eines **geldwerten Vorteils** für den Steuerpflichtigen auseinander. Geldwerte Vorteile für Arbeitnehmer können beispielsweise in Form der verbilligten oder kostenlosen **Überlassung von Wohnung**, Heizung, Beleuchtung, Kleidung, Kost, Waren, **KFZ zur Privatnutzung** sowie als andere Sachbezüge erfolgen. Demnach sind nicht nur Sachbezüge geldwerte Vorteile, sondern **alle Vorteile mit Geldeswert**, welche dem Steuerpflichtigen (im Rahmen der außerbetrieblichen Einkünfte) an Stelle von Geld zukommen.

Das BFG betonte, dass dem **Arbeitnehmer** aus der **kostenlosen Nutzung** des arbeitgebereigenen Abstell- oder Garagenplatzes bei Ansatz eines **steuerpflichtigen Sachbezugs** ein **vermögenswerter Vorteil entstehen muss**, weil er **ansonsten anfallende Abstellkosten nicht zu tragen** hat. Anders ausgedrückt, liegt der **geldwerte Vorteil** in der (kostenlosen) Gewährung eines Abstell- bzw. Garagenplatzes ausschließlich darin, dass sich der **Arbeitnehmer** die in einer parkraumbewirtschafteten Zone anfallenden **Abstellkosten erspart**. Bloß ideelle Vorteile wie keine mühsame Parkplatzsuche oder ein kürzerer Arbeitsweg sind hingegen unbeachtlich. Der **Inhaber** eines **Parkpickerls** für den entsprechenden Bezirk **erspart sich keine** derartigen **Abstellkosten**, weil er für diese ohnehin mit dem Erwerb des Parkpickerls aufgekommen ist. Folglich ergibt sich für ihn durch die kostenlose Benutzung des betriebseigenen Abstell- oder Garagenplatzes auch **kein geldwerter Vorteil**. Daher kam das BFG zum Ergebnis, dass bei Vorhandensein eines **Parkpickerls** beim Dienstnehmer **kein steuerpflichtiger Sachbezug** für die Bereitstellung eines Abstell- oder Garagenplatzes durch den Arbeitgeber anzusetzen ist.



© Nanyang - Adobe Stock

4.5 BFG zum geldwerten Vorteil für Arbeitnehmer bei Betriebsveranstaltungen

Für bis zu **365 € pro Kalenderjahr** und pro **Arbeitnehmer** ist in Österreich der **geldwerte Vorteil** aus der Teilnahme an **Betriebsveranstaltungen steuerfrei**. Dabei empfangene **Sachzuwendungen** sind bis zu einer Höhe von **186 € jährlich steuerfrei**. Über den Freibetrag hinaus kommt es zum **steuerpflichtigen Sachbezug beim Arbeitnehmer**, da Einnahmen vorliegen, wenn dem Steuerpflichtigen Geld oder geldwerte Vorteile im Rahmen der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit zufließen. Stellt die **Teilnahme an der Betriebsveranstaltung** jedoch einen **Vorteil** dar, welchen der **Arbeitgeber** ausschließlich oder überwiegend im **eigenbetrieblichen Interesse** gewährt, so handelt es sich von vornherein **nicht** um **Einnahmen** auf Arbeitnehmerseite – diese Vorteile sind auch **nicht** für den Freibetrag für Betriebsveranstaltungen zu berücksichtigen.

In der **Praxis** ist oftmals **strittig**, inwieweit bei **Betriebsausflügen**, **Weihnachtsfeiern** oder Teambuilding-Events der aus der Teilnahme der Arbeitnehmer an solchen Veranstaltungen erwachsene **Vorteil** im überwiegend **betrieblichen Interesse** des **Arbeitgebers** liegt. Das **BFG** hatte sich in seiner Entscheidung (GZ RV/7102103/2022 vom 13.11.2024) mit dem Sachverhalt auseinanderzusetzen, dass ein Unternehmen über mehrere Jahre hin jeweils **pro Jahr** einen **Betriebsausflug** (nach Rom, Nizza, Berlin bzw. Athen) und eine **Weihnachtsfeier** veranstaltete und den **geldwerten Vorteil** daraus in Hinblick auf den Freibetrag i.H.v. 365 € pro Arbeitnehmer pro Jahr **steuerfrei** gestellt hatte. Die Finanzbehörde war hingegen der Ansicht, dass der **Freibetrag** von 365 € pro Mitarbeiter und Jahr **überschritten** wurde, da sie bei der Berechnung des geldwerten Vorteils aus der Teilnahme an den Betriebsveranstaltungen die Gesamtkosten der jeweiligen Veranstaltung herangezogen hatte. Die **Gesamtkosten** beinhalten neben den unmittelbar von den Arbeitnehmern konsumierten Vorteilen, wie z.B. Speisen und Getränke, auch **allgemeine Kosten** wie Raummiete, Dekoration, Personal oder Künstler.

Bei seiner **Entscheidung** orientierte sich das BFG auch an **deutscher Rechtsprechung**, der zufolge die **allgemeinen Kosten** für die Organisation und **Abhaltung** einer **Betriebsveranstaltung** im **überwiegenden Interesse** des **Arbeitgebers** liegen und daher **keinen geldwerten Vorteil** für die

Arbeitnehmer darstellen. Zuwendungen im ganz überwiegenden Eigeninteresse des Arbeitgebers sind jene Zuwendungen, die keine Gegenleistung für eine vom Arbeitnehmer erbrachte oder zu erbringende Arbeitsleistung darstellen – solche Zuwendungen sind zwar durch den Betrieb veranlasst, nicht aber durch das individuelle Dienstverhältnis. Selbst **mehrtägige Betriebsveranstaltungen können im eigenbetrieblichen Interesse des Arbeitgebers** liegen, da gerade durch das längere Zusammensein der Arbeitnehmer der Teamgedanke innerhalb des Unternehmens besonders gestärkt, das Verhältnis zu den Kollegen und Vorgesetzten verbessert und die Kommunikationsfähigkeit der Mitarbeiter untereinander erhöht wird.

Im konkreten Fall lag also die Abhaltung der **Betriebsveranstaltungen** (Weihnachtsfeier und Betriebsausflug) im **überwiegend eigenbetrieblichen Interesse des Arbeitgebers**, da Aspekte wie Teambuilding, Vernetzung der Arbeitnehmer untereinander usw. im Vordergrund standen. Daher sind die **allgemeinen Kosten** für die Veranstaltung aus der Bemessungsgrundlage für den geldwerten Vorteil für die Arbeitnehmer aus der Teilnahme an Betriebsveranstaltungen **auszuschneiden**. Als geldwerte Vorteile für die Arbeitnehmer wurden lediglich die unmittelbar konsumierten Vorteile (Verpflegung) berücksichtigt.

Die Entscheidung des BFG ist zu begrüßen, da die Mitarbeiter bei voller Kostenweiterbelastung die lohnsteuerlichen Konsequenzen fürchten könnten und dies den Anreiz zur Teilnahme an Betriebsveranstaltungen deutlich verringern könnte. Eine **höchstgerichtliche Entscheidung** zu dieser Thematik bleibt abzuwarten – nunmehr ist Amtsrevision beim VwGH anhängig.

4.6 Keine Umsatzsteuer beim Ausbildungskostenersatz

Es ist in der Arbeitswelt eine **übliche Praxis**, dass **Arbeitgeber Ausbildungskosten von Mitarbeitern übernehmen**. Dabei wird regelmäßig vertraglich **vereinbart**, dass den **Mitarbeiter bei Ausscheiden aus dem Unternehmen** eine mit Zeitablauf abnehmende (anteilige) **Rückzahlungsverpflichtung** trifft. **Bisher** ging die Finanzverwaltung dabei überwiegend davon aus, dass der **Arbeitgeber durch die Ausbildung eine Leistung erbracht** hat. Dementsprechend wurde ein **Ausbildungskostenersatz** als **Leistungsaustausch gesehen** und der Mitarbeiter musste bei Ausscheiden **nicht nur die Ausbildungskosten ersetzen**, sondern **auch die anfallende Umsatzsteuer tragen**. Die „zusätzliche“ Umsatzsteuer war daher für den Mitarbeiter oft eine negative Überraschung und ein schmerzhafter **Kostenfaktor**, da keine Möglichkeit zum Vorsteuerabzug bestand.

Erfreulich ist, dass das **BMF nunmehr** auf Anfrage der Wirtschaftskammer Tirol **klargestellt** hat, dass **Rückzahlungen von Ausbildungskosten bei Kündigung kein steuerpflichtiges Entgelt darstellen**, sondern **nicht steuerbarer Schadenersatz** sind. Es handelt sich also nicht um eine entgeltliche Leistung, sondern um eine **Entschädigung für den Schaden des Arbeitgebers**, der in der verlorenen Investition in die Ausbildung liegt. Folglich muss der **Arbeitgeber keine Umsatzsteuer in Rechnung stellen** und für den **Arbeitnehmer reduziert** sich im **Kündigungsfall** der **Rückzahlungsbetrag**. Wichtige Voraussetzung ist jedoch, dass die Rückzahlung auf einer **wirksamen vertraglichen Vereinbarung** beruht. Eine solche wird in aller Regel aber ohnehin Voraussetzung für eine Zahlungsverpflichtung des Arbeitnehmers sein. Die **Klarstellung** durch das **BMF beseitigt Unsicherheiten in der Praxis** und führt nicht nur zu einer wesentlichen **Verwaltungsvereinfachung**, sondern auch zu einer **Ersparnis bei Arbeitnehmern** im Falle der Leistung eines Ausbildungskostenersatzes.

5 Fokus Immobilien

5.1 Geldbeschaffungskosten für Darlehen sind laut BFG sofort abzugsfähig

Das BFG hatte sich (GZ RV/7102760/2024 vom 7.10.2024) mit der Frage auseinanderzusetzen, ob **Geldbeschaffungskosten** (Finanzierungsnebenkosten) im Zusammenhang mit der Aufnahme eines **Darlehens** für eine **privat vermietete Wohnung** über die **Laufzeit des Darlehens zu verteilen** sind oder **sofort als Werbungskosten abgezogen** werden können. Anlassfall war, dass eine Wohnung zwecks der Erzielung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung erworben wurde und die **Anschaffung** zum Teil mittels **Bankdarlehens** finanziert wurde (Rückzahlung in Raten).

Vom auszahlenden Darlehensbetrag wurden sogliche diverse **Geldbeschaffungskosten** wie die Vermittlungsvergütung für den Darlehensvermittler, Kosten für Liegenschaftsbewertung, Bearbeitungsentgelt, Treuhandentgelt etc. abgezogen. **Verzinst** wurde gemäß Zins- und Tilgungsplänen der **volle Darlehensbetrag**.

Das **Finanzamt verneinte** die **sofortige Abzugsfähigkeit der Geldbeschaffungskosten** während der Steuerpflichtige mitunter argumentierte, dass **Geldbeschaffungskosten** den Einkommensteuer-richtlinien folgend **keine Vorauszahlung darstellen** und folglich eine **Verteilung der Kosten nicht geboten** sei. Überdies decke sich die sofortige Geltendmachung von Geldbeschaffungskosten als Werbungskosten mit der unternehmensrechtlichen Behandlung.

Das **BFG** betonte im Rahmen der Entscheidungsfindung, dass das **Abflussprinzip** (gem. § 19 EStG) für die zeitliche Zuordnung von **Werbungskosten** maßgeblich ist. Jedoch kommt das darin normierte **Verteilungsgebot für Vorauszahlungen** von Beratungs-, Bürgschafts-, Fremdmittel-, Garantie-, Miet-, Treuhand-, Vermittlungs-, Vertriebs- und Verwaltungskosten im konkreten Fall **nicht zur Anwendung**, da es sich im gegenständlichen Fall **nicht** um eine **Vorauszahlung** im Sinne einer **Zahlung**, die **wirtschaftlich** einem **späteren Zeitraum zuzurechnen** ist, handelt. Überdies **kommt** eine **Verteilung der Geldbeschaffungskosten** auf die **Laufzeit der Verbindlichkeit** (gem. § 6 Z 3 EStG) **nicht in Betracht**, da die **Bestimmung** im **außerbetrieblichen Bereich** gar **nicht zur Anwendung kommt**. Selbst aus den Ausführungen im **Darlehensvertrag** über die Geldbeschaffungskosten (entgegen der Ansicht des Finanzamts) – diese seien über die Laufzeit des Darlehens verteilt zurückzuzahlen – sind laut BFG keine Aussagen über die Rückzahlungsmodalität zu entnehmen, sondern nur eine **Verbraucherinformation** bei der Darstellung des effektiven Jahreszinssatzes. Im Endeffekt konnten somit die **Geldbeschaffungskosten sofort** in voller Höhe als **Werbungskosten** im Rahmen der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung steuerlich **geltend gemacht** werden.



5.2 Prüfungsmaßstab für die 25 %-Grenze bei der Abgrenzung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen bei Vermietung und Verpachtung

Die **Abgrenzung** zwischen **Herstellungsaufwand** (Aktivierung der Kosten und Verteilung über die AfA), **Instandsetzung** (keine Änderung der Wesensart des Gebäudes, aber wesentliche Erhöhung des Nutzwertes mit der Folge einer Verteilung der Aufwendungen über 15 Jahre) und **laufende Instandhaltung** (sofort steuerlich abzugsfähig) ist bei der **Vermietung** von **Immobilien** immer schon ein steuerlich **heißes Thema** gewesen, das nicht nur Gegenstand zahlreicher Fachaufsätze, sondern auch Anlass vieler Steuerverfahren war und ist.

Eine neue Facette hat sich durch eine **Entscheidung des VwGH** vom 26.9.2024 (GZ Ro 2023/15/0001) ergeben: Konkret ging es dabei um die **Abgrenzung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen bei vermieteten Eigentumswohnungen in derselben Wohnungsanlage**. Ein Eigentümer von 39 Wohnungen in dieser Anlage führte in zwei Wohnungen Baumeister-, Elektroinstallations- und Sanitärinstallationsarbeiten durch. Die **39 Wohnungen** entsprachen circa einem Anteil von 54 % der gesamten Wohnungsanlage. Der Steuerpflichtige behandelte den **Aufwand als sofort absetzbarer** Instandhaltungsaufwand, weil keine Herstellungskosten vorlagen, die Sanierung zu keiner Anhebung der Kategorienmietzinse führte und der **sanierte Anteil am gesamten Gebäude durchgerechnet** weniger als **2,5 %** ausmachte. Dabei wurde argumentiert, dass **keine wesentliche Erhöhung des Nutzwertes** des Gebäudes vorliegt, weil die in den Einkommensteuerrichtlinien in der Rz 6463 genannte **25 %-Grenze** für einen Austausch wesentlicher Gebäudeteile (im konkreten Fall eben Elektro- und Sanitärinstallationen, andere betroffene Maßnahmen wären u.A. auch der Austausch von Fenstern, Türen, Stiegen, Zwischenwänden, Wasser- oder Heizungsinstallationen) **deutlich unterschritten** wird. Das **Finanzamt** argumentiert dagegen, dass als **Bezugsgröße** für die **25 %-Grenze** **nicht das Gesamtgebäude**, sondern die **einzelne sanierte Wohnung** heranzuziehen ist und daher auf 15 Jahre zu verteilender **Instandsetzungsaufwand** vorliegt.

Der Ansicht des Finanzamtes folgte auch das BFG. Im fortgesetzten Verfahren vor dem **VwGH** hat dieser darauf verwiesen, dass sich die bisherige Judikatur zu dieser Frage nicht mit der Vermietung von Eigentumswohnungen, sondern mit der Vermietung von Mietwohngebäuden beschäftigt hat. Es war daher zu klären, ob als **Bezugsgröße für die 25 %-Grenze** die **jeweilige sanierte Eigentumswohnung** heranzuziehen ist (Auffassung Finanzamt und BFG) **oder die gesamte Wohnungseigentumsanlage**, in der sich die Eigentumswohnung befindet (Meinung Steuerpflichtiger).

Der **VwGH** kommt letztlich zu dem Ergebnis, dass der **Prüfungsmaßstab die jeweilige Einkunftsquelle** ist. Bei der **Vermietung von Eigentumswohnungen** bildet **jede Vermietung der einzelnen Wohnung** eine **Einkunftsquelle** des Steuerpflichtigen, wenn die Vermietung an verschiedene Personen erfolgt. Daher ist die **25 %-Grenze** auf die **einzelne (sanierte) Wohnung** zu beziehen, weshalb im Ergebnis Instandsetzungsaufwand vorliegt.

5.3 Keine vorweggenommenen Werbungskosten bei „ewiger Sanierung“

Kosten und Aufwendungen, welche schon **vor der Erzielung steuerpflichtiger Einnahmen** geleistet werden, können dennoch **Werbungskosten** darstellen. Voraussetzung für das Vorliegen solcher **vorweggenommenen Werbungskosten** ist, dass Umstände vorliegen, welche über die bloße **Absichtserklärung zur künftigen Einnahmenerzielung hinausgehen** und klar und deutlich nach außen in Erscheinung treten. Die ernsthafte Absicht zur späteren Einnahmenerzielung muss aufgrund **bindender Vereinbarungen** oder sonstiger, über die Absichtserklärung hinausgehender Umstände mit ziemlicher Sicherheit feststehen. Liegen solche Umstände zunächst vor, fallen sie aber später weg, so ist ab dem Wegfall auch **kein Werbungskostenabzug** mehr möglich.

Im Zusammenhang mit **künftigen Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung** können den EStR folgend (Rz 4035) etwa **Schuldzinsen** für die Anschaffung des Baugrunds, öffentliche Abgaben vom Grundbesitz bis zur Fertigstellung des Gebäudes oder die **AfA** von der Bereitstellung zur Vermietung bis zur effektiven Vermietung als **vorweggenommene Werbungskosten** geltend gemacht werden. Demnach wird bei der Vermietung dienenden Gebäuden die **AfA** nicht erst ab der tatsächlichen Überlassung an den Mieter angesetzt, sondern **schon ab der in der Vermietungsabsicht erfolgten Bereitstellung des Gebäudes** (da bei Gebäuden die rein altersbedingte Abnutzung in den Vordergrund tritt).

Das **BFG** hatte sich (GZ RV/5100117/2023 vom 14.4.2025) mit dem Sachverhalt auseinanderzusetzen, in dem eine Liegenschaft erworben wurde und ein über den Kaufpreis hinausgehender Kredit aufgenommen wurde. **Vor der geplanten Vermietung** war noch eine **umfassende Sanierung** angedacht – konkret sollten zwei Wohnungen im Obergeschoss und Geschäftsräumlichkeiten im Erdgeschoss entstehen und anschließend vermietet werden. Nach **anfänglichen kleinen Sanierungen** in den ersten vier Jahren **stoppte** das **Projekt** jedoch aufgrund von **Unstimmigkeiten** mit den **Eigentümern des Nachbargrundstücks** im Jahr 2015. **Seitdem** wurden **keine nennenswerten Baumaßnahmen** mehr **durchgeführt** und das Gebäude war ein **Rohbau** ohne Fenster und Türen, ohne Innenausbau und Installationen etc.

In der **Steuererklärung** wurden dennoch **negative Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung** erklärt, welche **vom Finanzamt nicht anerkannt** wurden (mangels Anerkennung als Einkunftsquelle). Das **BFG** betonte in seiner Entscheidung, dass die Prüfung, ob **vorweggenommene Werbungskosten** vorliegen, gedanklich der **Liebhabereibeurteilung vorgelagert** ist. Demnach kann aus einem Umbau bzw. einer **Gebäudesanierung** noch **nicht zwingend** der **Entschluss** abgeleitet werden, das **Gebäude in Folge zu vermieten**. Dieser auf die **Vermietung** des **Objekts** gerichtete **Entschluss des Steuerpflichtigen** muss jedoch **klar und eindeutig nach außen hin in Erscheinung treten**; das **Erzielen** von tatsächlichen **Einnahmen** ist hingegen keine Voraussetzung für die Berücksichtigung von vorweggenommenen Werbungskosten. **Mangels erkennbarer ernsthafter Vermietungsabsichten** durch den Steuerpflichtigen – bedingt durch die „ewige Sanierung“ des Gebäudes – lagen für das **BFG keine vorweggenommenen Werbungskosten** vor, sodass **keine negativen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung** steuerlich **geltend gemacht** werden konnten.

6 Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze

6.1 Sozialversicherungswerte 2026

Unter Berücksichtigung der Aufwertungszahl von **1,073** betragen die Sozialversicherungswerte für 2026 **voraussichtlich** (in €):

	2026	2025
Geringfügigkeitsgrenze monatlich	551,10	551,10
Grenzwert für pauschalierte Dienstgeberabgabe (DGA) monatlich	826,65	826,65
Höchstbeitragsgrundlage täglich	231,00	215,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich (laufender Bezug)	6.930,00	6.450,00
Höchstbeitragsgrundlage jährlich für Sonderzahlungen (echte und freie Dienstnehmer)	13.860,00	12.900,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich für freie Dienstnehmer (ohne Sonderzahlungen)	8.085,00	7.525,00

Die **Veröffentlichung** im Bundesgesetzblatt bleibt abzuwarten. Die monatliche Geringfügigkeitsgrenze bleibt aufgrund des **Budgetbegleitgesetzes 2025** zum Vorjahr unverändert.

6.2 Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs-, Beschwerde- und Umsatzsteuerzinssatz

Der **Basiszinssatz** (zuletzt 1,53 %) dient bekanntermaßen als mehrfacher Referenzzinssatz. Bei den **Stundungszinsen** ist zu beachten, dass die Stundungszinsen gem. § 212 Abs. 2 BAO **seit 1. Juli 2024 4,5 % über** dem jeweils geltenden **Basiszinssatz** liegen. Die entsprechenden aktuellen **Jahreszinssätze** sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Sofern die genannten Zinsen einen Betrag von **50 €** nicht erreichen, werden sie **nicht** festgesetzt.

Seit 11.6.2025	
Stundungszinsen	6,03 %
Aussetzungszinsen	3,53 %
Anspruchszinsen	3,53 %
Beschwerdezinsen	3,53 %
Umsatzsteuerzinsen	3,53 %





6.3 Größenklassen für Kapitalgesellschaften

Die Einteilung in die jeweilige **Größenklasse** für **Kapitalgesellschaften** (Kleinstkapitalgesellschaft, Kleine, Mittelgroße und Große Kapitalgesellschaft laut **UGB**) hängt von den Kriterien **Bilanzsumme**, **Umsatzerlöse** und **durchschnittliche Arbeitnehmeranzahl** ab. Die Größenklassenkriterien entscheiden darüber, welche Unternehmen **verpflichtet** sind, ihre **Jahresabschlüsse prüfen** zu lassen, welche nur einen **verkürzten Jahresabschluss** beim Firmenbuchgericht offenlegen müssen oder auch darüber, ob es zu einer **verpflichtenden Konzernabschlussprüfung** für große Gruppen kommt.

Mit Ende 2024 wurden die Schwellenwerte für die Umsatzerlöse und die Bilanzsumme durch die **UGB-Schwellenwerte-Verordnung** angepasst. Bei der Arbeitnehmerzahl ist es hingegen zu **keinen** Änderungen gekommen. Die Schwellenwerte lauten demnach wie folgt (die „bisher“-Angaben beziehen sich auf die Rechtslage vor 2024):

Kapitalgesellschaft	Bilanzsumme (€)	Umsatzerlöse (€)	Arbeitnehmer
Micros	< 450.000 (bisher < 350.000)	< 900.000 (bisher < 700.000)	10
Klein	bis 6.250.000 (bisher bis 5.000.000)	bis 12.500.000 (bisher bis 10.000.000)	bis 50
Mittelgroß	bis 25.000.000 (bisher bis 20.000.000)	bis 50.000.000 (bisher bis 40.000.000)	bis 250
Groß	> 25.000.000 (bisher > 20.000.000)	> 50.000.000 (bisher > 40.000.000)	> 250

Entscheidend für die Zuordnung zu einer Größenklasse ist, dass **zwei der drei Merkmale** an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschritten bzw. nicht mehr überschritten wurden.

Zu beachten ist, dass Aktiengesellschaften, die Mutterunternehmen sind („**Holding-AGs**“) die Schwellenwerte für den Einzelabschluss seit dem Jahr 2016 auf Basis von **konsolidierten oder aggregierten Werten** zu berechnen haben. Bei Um- und Neugründungen treten die Rechtsfolgen der Größenklasse bereits am ersten Abschlussstichtag nach der Um- oder Neugründung ein.

7 Steuertermine 2026

Jänner	Fälligkeiten	15.1. USt für November 2025 Lohnabgaben (L, DB, DZ, ÖGK, Stadtkasse/Gemeinde) für Dezember 2025
	Fristen und Sonstiges	Ab 1.1. Monatliche Abgabe der Zusammenfassenden Meldung, ausgenommen bei vierteljährlicher Meldepflicht Bis 15.1. Entrichtung der Dienstgeberabgabe 2025 für geringfügig Beschäftigte
Februar	Fälligkeiten	16.2. USt für Dezember 2025 bzw. 4. Quartal Lohnabgaben für Jänner ESt-Vorauszahlung 1. Viertel KöSt-Vorauszahlung 1. Viertel 28.2. Pflichtversicherung SVS
	Fristen und Sonstiges	Bis 1.2. Meldepflicht für bestimmte Honorarzahungen 2025 (E18) in Papierform Bis 15.2. Nachverrechnung und Abfuhr der Lohnsteuer im Rahmen des 13. Lohnabrechnungslaufs (Zurechnung zu 2025) Bis 15.2. Erstellung und Überprüfung des Jahresbelegs für das Jahr 2025 (pro Registrierkasse) 28.2. Jahreslohnzettelermittlung per ELDA 28.2. Meldung der Aufzeichnung betreffend Schwerarbeitszeiten 28.2. Meldepflicht von Zahlungen gem. § 109a und b EStG aus dem Vorjahr (elektronische Datenübermittlung an das Finanzamt)
März	Fälligkeiten	16.3. USt für Jänner Lohnabgaben für Februar
	Fristen und Sonstiges	31.3. Kommunalsteuer- und Dienstgeberabgabeerklärung 2025 bei Stadtkasse/Gemeinde
April	Fälligkeiten	15.4. USt für Februar Lohnabgaben für März
	Fristen und Sonstiges	30.4. Abgabe der Steuererklärungen 2025 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) in Papierform und Feststellung der Einkünfte gemäß § 188 BAO
Mai	Fälligkeiten	15.5. USt für März bzw. 1. Quartal Lohnabgaben für April ESt-Vorauszahlung 2. Viertel KöSt-Vorauszahlung 2. Viertel 31.5. Pflichtversicherung SVS
Juni	Fälligkeiten	16.6. USt für April Lohnabgaben für Mai
	Fristen und Sonstiges	30.6. Einreichungspflicht der Steuererklärungen 2025 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) über FinanzOnline 30.6. Fallfrist für Antrag auf Rückholung ausländischer MwSt 2025 aus Nicht-EU-Ländern (gilt nicht für Großbritannien)

Juli	Fälligkeiten	15.7.	USt für Mai Lohnabgaben für Juni
August	Fälligkeiten	17.8.	USt für Juni bzw. 2. Quartal Lohnabgaben für Juli ESt-Vorauszahlung 3. Viertel KöSt-Vorauszahlung 3. Viertel
		31.8.	Pflichtversicherung SVS
September	Fälligkeiten	15.9.	USt für Juli Lohnabgaben für August
	Fristen und Sonstiges	Bis 30.9.	Erklärung Arbeitnehmerpflichtveranlagung 2025 L 1 in Papierform oder FinanzOnline bei zumindest zeitweise gleichzeitigem Erhalt mehrerer lohnsteuerpflichtiger Bezüge; sonst 30.6. (via FinanzOnline)
		Bis 30.9.	Verpflichtung zur Einreichung des Jahresabschlusses zum 31.12.2025 für (verdeckte) Kapitalgesellschaften
		Bis 30.9.	Fallfrist für Antrag auf Erstattung ausländischer MwSt (EU) für das Steuerjahr 2025
		Bis 30.9.	Herabsetzungsanträge für die Vorauszahlungen 2026 für Einkommen- und Körperschaftsteuer
Oktober	Fälligkeiten	15.10.	USt für August Lohnabgaben für September
	Fristen und Sonstiges	Ab 1.10.	Beginn der Anspruchsverzinsung für Nachzahlung ESt/KSt 2025
		Bis 31.10.	Antrag auf Ausstellung eines Freibetragsbescheides
November	Fälligkeiten	16.11.	USt für September bzw. 3. Quartal Lohnabgaben für Oktober ESt-Vorauszahlung 4. Viertel KöSt-Vorauszahlung 4. Viertel
		30.11.	Pflichtversicherung SVS
Dezember	Fälligkeiten	15.12.	USt für Oktober Lohnabgaben für November
	Fristen und Sonstiges	Bis 31.12.	Schriftliche Meldung an ÖGK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK-Beiträge für geringfügig Beschäftigte
		Bis 31.12.	Die Frist für die Arbeitnehmerveranlagung 2021 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab
		31.12.	Mitteilungspflicht für Country-by-Country Reporting (Formular oder FinanzOnline) bei Regelwirtschaftsjahr der obersten Muttergesellschaft



steuer
beratung



business
consultants



- **Steuerberatung**
- **Unternehmensberatung**
- **Business Software**

Immer auf Ihren (digitalen) Erfolg fokussiert.

Die digitale Kanzlei - Ihr Partner für die Zukunft!

Schluss mit Papierkram und Ordner schleppen. Steigen Sie mit uns in die Zukunft der Buchhaltung, Personalverrechnung und Steuerberatung ein: mit dem RKP Digital Kundenportal sind Sie immer zwei Schritte voraus.

✉ office@rkp.at

🌐 www.rkp.at

☎ Tel.: +43 3332/6005-100

☎ Tel.: +43 1/226 60 06

🏠 8230 Hartberg
Schildbach 111

🏠 1010 Wien
Herrengasse 6-8/1/31

start your success.  **inno
invest**



✉ office@rkp.at

🌐 innoinvest.rkp.at

🏠 8230 Hartberg
Schildbach 111

🏠 1010 Wien
Herrengasse 6-8/1/31

Wir machen...

deine Website
deinen Markenauftritt
dein Unternehmensvideo
dein Social Media Marketing
deine Werbeanzeigen



🏠 8230 Hartberg
Schildbach 210

🌐 rkp.marketing

✉ hello@rkp.marketing

☎ Tel.: +43 664 822 8400



EMPOWER your IT!

Individuelle IT-Lösungen und IT-Outsourcing
für Unternehmen.



✉ office@rkp-it.at

🌐 rkp-it.at

🏠 8230 Hartberg
Schildbach 210

🏠 8280 Fürstenfeld
Hauptstraße 27/Top1

☎ Tel.: +43 3332 6005-123

☎ Tel.: +43 3382 55588-0



8230 Hartberg, Schildbach 111, T: +43 3332 6005 100, F: DW 150
1010 Wien, Herrengasse 6-8/1/31, T: +43 12266006, F: DW 181

E: office@rkp.at
W: www.rkp.at





UNSERE STANDORTE

8230 HARTBERG
SCHILDBACH 111
+43 3332/6005

1010 WIEN
HERRENGASSE 6-8/1/31
+43 1/2266006